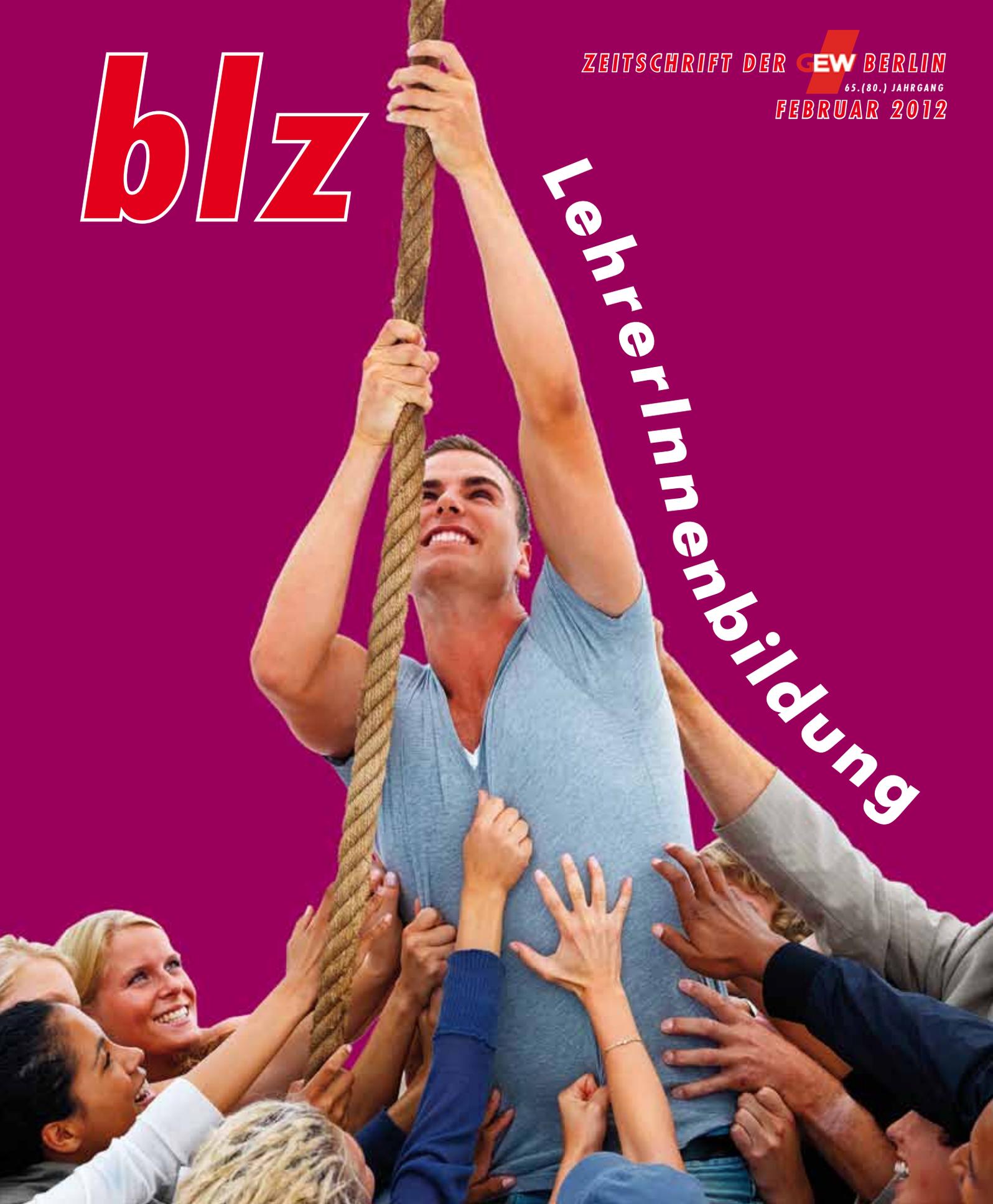


blz

ZEITSCHRIFT DER **GEW** BERLIN
65. (80.) JAHRGANG
FEBRUAR 2012

LehrerInnenbildung



SCHULE
Flüchtlingskinder

GEWERKSCHAFT
20 Jahre Mete-Ekşi-Preis

TENDENZEN
Medien und Gewalt

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

TITEL

Es könnte vieles besser werden ...	Folker Schmidt	6
Rasch reformieren	Matthias Jähne	7
Baukastensatz mit Innovationsoffensive	Laura Pinnig	8
Neue LehrerInnenbildung	Diemut Ophardt	9
»Da sind die Prioritäten falsch gesetzt ...«	Darius Zander	10
Learning by doing	Laura Pinnig	12
Neun Monate Überlebenskampf	M. Bibow / G. Alagöz	13

SCHULE

Doch, er ist wichtig!	Michael Felten	14
Kein Platz für Flüchtlingskinder	Monika Rebitzki	16

GEWERKSCHAFT

20 Jahre Mete-Ekşi-Preis	Norbert Gundacker	18
Mythos Gymnasium	Michael Brüser	20
Attraktivität des Lehrerberufs in Berlin erhöhen	Hartmut Schurig / Doreen Siebernik / Holger Dehring	21
Praxisreflexionsgruppe für PädagogInnen	Claudia de Coster	21
Wunschzettel	Hartmut Schurig / Sigrid Baumgardt	22

TENDENZEN

Die Extremismusdebatte	Philipp Mattern	23
Ohne Medienführerschein	Interview G. Hallenberger/T.P. Gangloff	25

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen		26
---------------	--	----

BÜCHER

Direkte Demokratie am Fall »Pro Reli«?	Gerhard Weil	28
--	--------------	----

GLOSSE

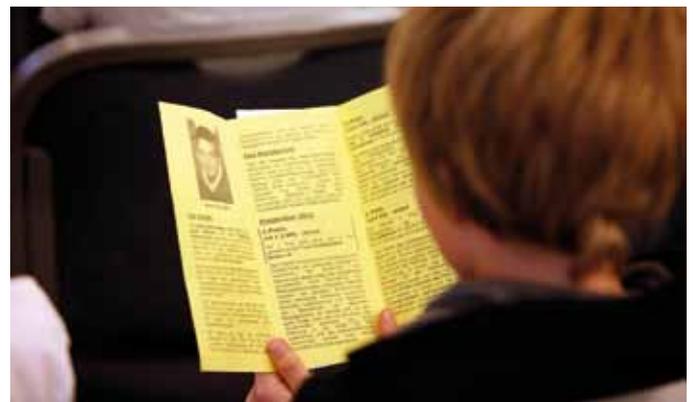
Aus Greys Spielecke ...	Jochen Geffers	29
-------------------------	----------------	----

SERVICE

Theater und Schule Fortbildung Materialien		32
--	--	----



14 SCHULE Bei der nächsten Schulinspektion dürfen wir LehrerInnen uns ruhig beim Frontalunterricht erwischen lassen. Es gibt eine neue Studie mit Argumentationshilfen.



18 GEWERKSCHAFT Mete Ekşi wäre heute 39 Jahre alt. Als er 1991 in einer Auseinandersetzung unter Jugendlichen starb, hatte die GEW dies zum Anlass genommen, einen Fonds zu gründen und einen jährlichen Preis auszuloben. Zwanzig Jahre aktiv gegen Fremdenhass.



23 TENDENZEN Philipp Mattern, Jugendverbandssekretär der AWO Berlin setzt sich in seinem Artikel zur Extremismusdebatte mit der einseitigen Sichtweise der Broschüre »Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern« kritisch auseinander.

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination, Foto- und Schlussredak-

tion), Ricardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiwiek, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207

02/2012: 23.100

LEUTE

Heinz Buschkowsky, überregional bekannter Bürgermeister Neuköllns, ist laut *Berliner Morgenpost* »Berliner des Jahres« – zumindest findet das eine Jury der *Morgenpost* und des *RTL-Senders 104,6*. Der Politiker sei weit über den Bezirk und auch über Berlins Stadtgrenzen hinaus zum Symbol für den Kampf gegen falsch verstandene Integrationspolitik, gegen Missstände im Sozialwesen und Wege aus der sozialen Misere geworden, wird als Begründung angeführt. Angeblich soll es sogar T-Shirts mit seinem Konterfei geben.

Thorsten Metter ist neuer Leiter der Pressestelle der Senatsbildungsverwaltung. Zuvor war der Diplompolitologe Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus. Laut *Tagesspiegel* wird er schwerpunktmäßig für den Wissenschaftsbereich zuständig sein. Für die Schulthemen bleibt weiterhin Beate Stoffers verantwortlich. Metters Vorgänger Christian Walther war erst im Oktober 2010 zum Leiter der Pressestelle der Senatsbildungsverwaltung bestellt worden. Susanne Vieth-Enthus mutmaßt im *Tagesspiegel*, Walther habe gehen müssen, weil ihm der »SPD-Stallgeruch und die Vernetzung innerhalb der SPD« gefehlt hätten.

Hans-Jürgen Krzyweck, seit einiger Zeit pensionierter Schulrechts-Spezialist in der Senatsbildungsverwaltung, bezeichnet in einem Leserbrief an den *Tagesspiegel* die Faszination für den Beamtenstatus als »seltsam und nicht mehr zeitgemäß«. Es gebe »ernsthafte Gründe« Beamtenverhältnisse nur dort zu begründen, wo »die (hoheitliche) Tätigkeit dies erfordert«. Dies sei bei Lehrkräften nicht der Fall, aber »ohne Zweifel gelten andere Gesichtspunkte für die Schulleitung«. Da hat man doch erhebliche Zweifel: Was ist denn so hoheitlich an der Schulleitung?

Emine Sevgi Özdamar ist Preisträgerin des Poetikpreises 2012 der Alice-Salomon-Hochschule. Der Preis wurde 2006 zum ersten Mal vergeben und zeichnet KünstlerInnen aus, die »zur Weiterentwicklung der literarischen sowie visuellen und musischen Künste beitragen«. Özdamar ist als Schriftstellerin mit ihrer Istanbul-Trilogie »Sonne auf halbem Weg« bekannt geworden. ■



FOTO: PRIVAT

Die Jugendhilfe wird kaputtgespart

Mit einer Reform der Sozialraumorientierung sollen die Hilfen zur Erziehung gekürzt werden

von Mechthild Seithe, Professorin für Soziale Arbeit

Die Bemühungen um eine »Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung«, angeregt durch ein Papier der A-Länder und die aktuellen, schon vollzogenen »Reformen der Jugendhilfe« in Hamburg, gehen mit großen Schritten voran.

Am 13. Januar 2012 haben sich die politischen Vertreter aller Bundesländer mit VertreterInnen des Bundesministeriums und des Städtetags in Berlin getroffen und erklärt: »Der Rechtsanspruch auf eine geeignete Hilfe zur Erziehung wird im Regelfall am wirkungsvollsten – und mit der stärkeren Beachtung der Menschenwürde – durch entsprechende Angebote der Infrastruktur erfüllt.« Das heißt auf Deutsch: Der Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung gilt als erfüllt, wenn bestimmte Infrastrukturangebote bereitgehalten werden. Eine individuelle Hilfe ist dann nicht nötig. Die Vorgabe, mit der »Reform« der Sozialraumorientierung der Sozialen Arbeit gerecht werden zu wollen, dient als Deckmäntelchen für den Versuch, die kostenintensiven Hilfen zur Erziehung in den Griff der Finanzverwaltung zu bekommen: sie besser kontrollieren und sie kürzen zu können.

Tatsächlich befinden sich die Hilfen zur Erziehung heute in einem teilweise desolaten Zustand: Ihre Wirksamkeit ist fraglich, ihr Einsatz mitunter inflationär, ihre Qualität nicht selten unbefriedigend. Das aber hat Ursachen, die zur Kenntnis genommen werden und schlicht beseitigt werden müssen:

- Sie brauchen hinreichende Zeitkontingente, hinreichende Kontinuität, hinreichende fachliche Qualität im Sinne von systemischer, sozialpädagogisch ausgewiesener Arbeit.

- Das gegenwärtige Finanzierungssystem, der künstlich entfachte Konkurrenzkampf zwischen den Trägern, der Zwang zu unternehmerischem Denken in einem Bereich, wo es um Menschen und nicht um Industrieprodukte geht – all das hat in vielfältiger Weise den Hilfen zur Erziehung im Verlauf der letzten 20 Jahre fachlich geschadet und immer weiter von dem Konzept entfernt, wie es das KJHG vorsah.

Die Sozialraumorientierung ist eins der wichtigen Prinzipien, die eine Hilfe zur Erziehung mitgestalten muss. Dass das zurzeit kaum noch realisiert werden kann, liegt an den oben genannten Faktoren, keineswegs an den Hilfen selber.

Hilfen zur Erziehung sind keinesfalls durch sozialräumliche Verbesserungen zu ersetzen: Konkrete Hilfen, die auf die besonderen Bedingungen, Motivationslagen, Kompetenzen und die jeweils notwendigen Lernprozesse von AdressatInnen abgestimmt sein müssen und als sozialpädagogische Hilfe Entwicklungen im Einzelfall ermöglichen sollen, sind durchaus nicht individualisierend. Dort, wo sich individuelle Notlagen verfestigt haben, wo mehr passieren muss, als infrastrukturelle Angebote zu unterbreiten oder durch das Sozialisationsystem Schule auf die Minderjährigen einzuwirken, dort müssen Hilfen einen individuellen Charakter annehmen.

Fazit: Wenn das vorgesehene Konzept wirklich flächendeckend umgesetzt wird, ergeben sich dramatische Entwicklungen und noch dramatischere Folgekosten bei den Familien und Minderjährigen, die auf diese Weise im Regen stehen gelassen werden. ■



Aufmerksames Publikum bei den Feierlichkeiten zur Verleihung des Mete-Ekşi-Preises 2011 im Charlottenburger Rathaus. Bericht und PreisträgerInnen auf Seite 18.

FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT

teien, von allen bedeutenden Glaubensgemeinschaften und von vielen Prominenten aus Sport, Kultur und Politik unterstützt.

Chile: Für ein sozial gerechtes Bildungswesen

Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der GEW haben chilenische Studentinnenvertreterinnen auf Veranstaltungen auch in Berlin über ihre Kämpfe und Forderungen für ein sozial gerechtes Bildungswesen in Chile berichtet. Seit Mai 2011 protestieren Studierende, Schüler und Lehrkräfte in Chile gegen ein Bildungssystem, das nicht nur die Armen ausschließt, sondern auch den Kindern der Mittelschicht die Perspektiven versperrt. So betragen die monatlichen Studiengebühren an den Hochschulen zwischen 250 und 860 Dollar. Doch drei Viertel aller Chilenen müssen mit weniger als 700 Dollar im Monat auskommen. Die konservative Regierung gerät zunehmend unter Druck. Sie hatte zwar mit Vertretern der Studierenden verhandelt und einige Zugeständnisse gemacht. Aber über deren wichtigste Forderungen – ein staatlich finanziertes und frei zugängliches Bildungswesen sowie ein Verbot der auf Gewinn ausgerichteten Privathochschulen – war sie bislang nicht bereit zu verhandeln.

Senatorin plädiert für Elternverträge an Schulen

Berlins neue Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat (SPD), will Eltern in der Integrationspolitik stärker in die Pflicht nehmen als bisher. Dabei setze sie neben besseren Erziehungsangeboten auch auf schriftliche Vereinbarungen zwischen Eltern und Schulen, heißt es in der Meldung des RBB. Diese sogenannten Elternverträge gibt es in Berlin bereits an mehreren Schulen. Eltern verpflichten sich darin zum Beispiel, regelmäßig an Elternabenden teilzunehmen, ihre Kinder pünktlich in die Schule zu schicken und darauf zu achten, dass die Hausaufgaben gemacht werden. Klappt das wiederholt nicht, behält sich die Schule vor, das Jugendamt einzuschalten oder den Eltern einen Schulwechsel nahezu legen. Künftig soll es laut Kolat mehr solcher Elternverträge geben. Darauf hätten sich SPD und CDU in ihrer Koalitionsvereinbarung verständigt, zitiert der RBB die Senatorin. ■

Versorgungsverpflichtungen für Beamte übersteigen Landesschulden

Nach Berechnungen einer Studie des Berliner Steuerzahlerbundes werden sich die Versorgungsverpflichtungen für den Berliner Haushalt bis zum Jahre 2050 auf 66 bis 69 Milliarden Euro summieren. Das wäre mehr als der Schuldenstand, der derzeit bei rund 64 Milliarden Euro liegt. Die Rücklagen reichten nicht aus, »weil sie nur für Beamte, die in jüngerer Zeit eingetreten sind, gebildet wurden«, zitiert die taz den Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler, Alexander Kraus. Laut der Meldung der taz hält die Berliner Finanzverwaltung die berechnete Summe für »zu hoch gegriffen«, außerdem sei es problematisch, Prognosen bis ins Jahr 2050 zu machen.

Tausend Schulen ohne Rassismus, aber mit Courage

Am 14. Januar wurde mit dem Domgymnasium Naumburg in Sachsen-Anhalt die 1000. Schule im bundesweiten Netzwerk von »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ausgezeichnet. Rund 750.000 SchülerInnen, Lehrkräfte und PädagogInnen besuchen damit eine Schule, die sich dazu verpflichtet hat, aktiv gegen

Rassismus, jede Form von Diskriminierung und Mobbing vorzugehen. Das Netzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« wurde 1995 von »Aktion Courage e.V.« als Reaktion auf die rassistischen Morde in Mölln, Solingen und andernorts gegründet. Es sollte SchülerInnen die Möglichkeit und die Unterstützung bieten, sich in ihrem Lebensumfeld aktiv gegen Fremdenhass, Rechtsextremismus und Rassismus einzusetzen. Das Projektanliegen wird inzwischen von allen demokratischen Par-

IN EIGENER SACHE: FALSCHER ARTIKEL ABGEDRUCKT

In der Januar-Ausgabe der blz haben wir leider statt der Endfassung eine nicht korrigierte Arbeitsfassung des Artikels von Michelle Ritzmann veröffentlicht. Wir bitten um Entschuldigung für dieses Versehen.

Die korrekte Fassung des Artikels steht im Internet unter <http://www.gew-berlin.de/blz/23151.htm> Wir bitten darum, nur diese Fassung zu verwenden und zu zitieren.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Hochbegabte, Leute-Notiz, Dezember-blz 2011

Ich stimme mit Jens Terp überein, dass für Hochbegabte zu wenig getan wird. Ich selbst war (in »privater« Funktion) bei einem Elterngespräch dabei, bei dem der Mutter vom Schulpsychologen unterstellt wurde, ihr Kind (das eine Hochbegabung hat) auf diese Hochbegabung »getrimmt« zu haben (es konnte vor Schuleintritt lesen). Sie solle ihrem Kind seine Kindheit lassen und sich einfach über seine guten Schulleistungen freuen. Auch wenn ich das dahinter stehende Dilemma verstehe, dass der Schulpsychologe die LehrerInnen unterstützen möchte, die sich sicherlich zu Recht überfordert (und allein gelassen) fühlen, verurteile ich die Vorgehensweise, einfach nach dem Motto »Angriff ist die beste Verteidigung« auf die Eltern loszugehen. Kern des Problems ist: Politisch und gesetzlich wird der Bevölkerung – über die Medien – die Ansage gemacht, dass Schule eine Art Wunderland ist, das sich um sämtliche Probleme erfolgreich zu kümmern und jedes einzelne Kind individuell – überspitzt formuliert – zum Abi zu bringen hat. Hinzu kommt die Wahrnehmung, dass »gute« Eltern durch alle Instanzen hindurch für ihre Kinder das Gewünschte erreichen können/müssen. Ein Teil dieser Eltern würde nun wohl Terps Forderung nach einer Homogenisierung der Klassen zu-

stimmen. Ich selbst bin jedoch erschrocken, dass ich so etwas in dieser Zeitschrift unkommentiert lesen muss. Sollen jetzt bei der Schuluntersuchung IQ-Tests mit den Kleinen gemacht werden, damit die »Ü-130er« gleich in einer Klein-Schnellklasse zusammengefasst werden können? Besonders schlimm aber – weil ich sie nicht zum ersten Mal höre – finde ich die vorgenommene beispielhafte Gleichsetzung von »normal« Intelligenten mit geistig Behinderten in den Augen von Hochbegabten. Mit dieser arroganten Einstellung (denn für ein Missverständnis unterstelle ich Terp zu viel Verstand) tut Terp seinem Verein keinen Gefallen und er spricht ganz sicher nicht im Namen aller Hochbegabten.

N. Siedler, Grundschullehrerin

Referendarsausbildung, Dezember-blz 2011

Zwei Stellungnahmen in der blz haben mich dazu veranlasst, zur »Feder« zu greifen: Zum einen die Rubrik »Leute«, in der Bernd Matthies die geplante Veröffentlichung von Schulinspektionen kritisch hinterfragt, und zum anderen der Artikel von Matthias Jähne »Das Referendariat wird modularisiert – Defizite bleiben«.

Es ist wirklich ein Übel, Schulen an den Pranger stellen zu wollen. Es gab dazu vor einigen Jahren Berliner Beispiele, die dann in der gesamten Republik bekannt wurden. Was mich aber bedrückt, ist die Referendarsausbildung in Berlin: Ich war jahrzehntelang an der FU mit der Ausbildung künftiger Fremdsprachenlehrer befasst, habe mich mit Begeisterung eingebracht und Hunderte als Deutschassistenten ins europäische und überseeische Ausland vermittelt.

Doch wie bitter sind dann die Erfahrungen der hoch motivierten ReferendarInnen, wenn sie mit der Berliner Schulwirklichkeit konfrontiert werden! Aus hoch motivierten Junglehrern werden schnell frustrierte, ausgebeutete Referendare, die eigentlich nur noch hinschmeißen wollen. Es ist haarsträubend, was man da erfährt: mangelnde Motivation der Schulleitung, an Missständen etwas ändern zu wollen, ungeahndete Fehlzeiten der Schüler, Lernunwilligkeit und Desinteresse der Schüler; Resignation des Lehrerkollegiums; fehlende fachliche und sonstige Unterstützung der ReferendarInnen. Sie sollen quasi hauptamtlichen Unterricht einbringen, wer-

den aber bezahlt wie Hilfsarbeiter; werden überfordert durch Vor- und Nacharbeit des Unterrichts; haben inkompetente Kollegen, deren Klassen sie übernehmen müssen. Das ist nur ein kleiner Teil dessen, was mir von einem Gymnasium(!) im Berliner Südwesten zugetragen wurde. Dazu kommt die Aussicht, das Zweite Staatsexamen mit Schülern eines solchen Gymnasiums ableisten zu müssen und infolgedessen mit einer schlechten Note abgestraft zu werden. Wieso muss ein Referendar, der bereits in mehreren Ländern als Deutschassistent tätig war und einschlägige Erfahrung mit DaF hat, befürchten das 2. Staatsexamen nicht zu schaffen oder bestenfalls mit einer schlechten Note? Wieso eigentlich muss ein Referendariat zwei Jahre dauern? Wo

Fortsetzung auf Seite 30

ÜBRIGENS

Jetzt ist sie mal weg. Unsere langjährige Chefredakteurin Sigrid Baumgardt. Aber so weg ist sie nun auch wieder nicht, schließlich haben wir sie ja zu einer der Vorsitzenden gemacht. Und Vorsitzende, blz-Leitung und Öffentlichkeitsarbeit ist anerkanntermaßen zu viel. Und die blz verlässt sie auch nicht so ganz und sofort. Die nächste Redaktionsklausur macht sie noch mit ...

Aber für die Regelung der Arbeit nach ihr hat sie schon einen Weg gewiesen. Ein neuer Pressesprecher ist im Anmarsch und wird die Redaktion unterstützen. Mindestens ein neues (altes) Mitglied der Redaktion wird wieder auftauchen (grüezi, Hiddo). Nach wie vor sind aber neue (jüngere) Mitglieder der Redaktion sehr gefragt ... Und für die Leitung der Redaktionssitzungen werden wir wohl auf das neuerdings in der Berliner GEW so beliebte Teammodell umschwenken.

Wir wünschen uns und euch und sind zuversichtlich, dass die Qualität der blz nicht nachlässt, dass ihr weiter eine bunte Vielfalt an Themen vorfindet. Und auch zum Widerspruch reizende Beiträge sollen nicht fehlen. Es geht schließlich immer irgendwie weiter. Wir werden uns Mühe geben und hoffen dabei auf eure Unterstützung.

Folker

Redaktionsschluss blz 4-5/2012: 2. März 2012

Redaktionsschluss blz 6/2012: 27. April 2012

BEITRAGSQUITTUNG 2011

Die Beitragsquittung 2011 für das Finanzamt wird auch dieses Jahr wieder mit der Februar Ausgabe der Bundeszeitschrift *Erziehung und Wissenschaft* verschickt. Bitte gleich herausnehmen und aufbewahren. Prüft bitte, ob die persönlichen Daten noch stimmen, und teilt Änderungen der GEW BERLIN mit. Auf dem Mitgliedsausweis befindet sich eure Mitgliedsnummer, die ihr beispielsweise für den Zugang zu Mitgliederinformationen auf der Internetseite der GEW BERLIN benötigt.



Es könnte vieles besser werden ...

Im Koalitionsvertrag ist einiges berücksichtigt, was die GEW seit längerer Zeit fordert



FOTO: PRIVAT

Folker Schmidt

Matthias Jähne arbeitet in seinem Beitrag auf, was in den vergangenen Jahren in der Gesetzgebung zur LehrerInnenbildung alles falsch gelaufen ist: Die Dauer der Referendariate wurde in völlig unterschiedliche Längen aufgeteilt, die Eingangsqualifikationen für die verschiedenen Lehrämter wurde unübersichtlich gestaltet. Wahrscheinlich sollten damit unterschiedliche Vergütungen begründet werden, sachlich spricht für diese Regelungen nichts. Doch nun glimmt wieder der Funke der Hoffnung.

Die neue Verordnung für den Vorbereitungsdienst gilt seit Januar des Jahres. Viel Erfreuliches stellt Laura Pinnig dazu fest: Eine einheitliche Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrämter, ein Handbuch Vorbereitungsdienst gibt Hilfestellung, die verbindliche Staatsexamensarbeit fällt weg. Alles auch nicht so schlecht.

Die Geschäftsführerin des Zentrums für Lehrerbildung an der Freien Universität (FU) weist auf die Anstrengungen hin, die die Universitäten im Bologna-Prozess schon hinter sich haben. Sie stellt die Grundsätze vor, die die FU dabei geleitet haben und in Zukunft leiten müssen.

Dass dabei nicht alles reibungslos läuft und vieles Anlass zu Ärger gibt, wird aus der Sicht von Studierenden zur konkreten Arbeit des Zentrums berichtet. Die von der Senatsverwaltung vorgezeigten neuen Wege, dem Mangel »zur Deckung des Lehrstellenbedarfs« abzuwehren, sind offensichtlich nicht das Gelbe vom Ei. Das zeigt jedenfalls ein Interview mit einer Betroffenen. Und der Stress mit dem bisher einjährigen Vorbereitungsdienst wird in einem Gespräch zwischen zwei Betroffenen deutlich, die sich unter anderem deshalb im Personalrat der LehreranwärterInnen engagieren.

Folker Schmidt

Rasch reformieren

Schwarz-Rot greift GEW-Forderungen zur LehrerInnenbildung auf

von Matthias Jähne, Referent Hochschule und LehrerInnenbildung

Berlin hat bereits 2003/04 die Ausbildung der Lehrkräfte komplett auf die neue Studienstruktur mit Bachelor- und Masterabschluss umgestellt. Dies erfolgte im Rahmen einer bis September 2012 befristeten Erprobungsphase. Damit wurde die nahezu einheitliche LehrerInnenbildung in Berlin aufgegeben. Nur die angehenden Lehrkräfte in der Studienratslaufbahn absolvieren zurzeit ein vollwertiges viersemestriges Masterstudium mit insgesamt 300 Leistungspunkten. Alle anderen durchlaufen lediglich ein zweisemestriges Masterstudium mit 240 Leistungspunkten, wobei die SonderpädagogInnen inzwischen drei Semester erkämpft haben.

Für einen anerkannten universitären Masterabschluss sind nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) aber 300 Leistungspunkte erforderlich (also vier Semester Masterstudium). Um diese auch bei Lehramtsstudierenden zu erreichen, hat die KMK 2007/2008 einen faulen Kompromiss gefunden. Dieser sieht vor, Teile des Referendariats auf den universitären Masterabschluss anzurechnen. Die GEW hat das von Anfang an als Mangelpackung abgelehnt, da sich an der kürzeren Ausbildungsdauer nichts ändert und der universitäre Masterabschluss erst mit dem Bestehen der Zweiten Staatsprüfung nach dem Referendariat erworben wird.

Die jetzige Studienstruktur mit dem »Kleinen Master« hat auch gravierende Folgen für die Deckung des Lehrkräftebedarfs in den Sekundarschulen. Denn die Studierenden mit zwei allgemeinbildenden Fächern wählen im Masterstudium in übergroßer Mehrheit das viersemestriges Masterstudium und damit die spätere Studienratslaufbahn. Die dringend erforderlichen Lehrkräfte für die integrierten Sekundarschulen – bisher LehrerInnen mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern

(L 2) – werden praktisch nicht mehr ausgebildet. Ohne einen attraktiven Studienabschluss droht dieses Lehramt auszutrocknen.

KOALITIONSVEREINBARUNG VON SPD UND CDU (TEXTAUSZUG)

»Das Masterstudium beträgt für alle Lehrämter, auch für die Ausbildung von Sonderpädagogen, vier Semester. Der Vorbereitungsdienst für alle Lehrämter soll 18 Monate betragen.«

den »alten« Staatsexamensabschluss, machen sie wiederum zwei Jahre Referendariat. Diese Dreiteilung ist unbegründet und wird inzwischen von allen in der Ausbildung Beteiligten als unsinnig angesehen.

Die GEW BERLIN kämpft seit der Umstellung der LehrerInnenbildung darum, diese Experimente auf dem Rücken der Lehramtsstudierenden aufzugeben und eine einheitliche Ausbildungsdauer für alle angehenden LehrerInnen vorzusehen. Dafür hat die neue Koalition jetzt die Weichen gestellt.

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU ist festgehalten, dass das Masterstudium für alle Lehrämter vier Semester betragen wird. Das anschließende Referendariat

at soll für alle Lehrämter 18 Monate dauern. Darüber hinaus will die neue Landesregierung ein »nachfragegerechtes Angebot an Masterstudienplätzen für alle LehramtsabsolventInnen mit einem Bachelor gewährleisten«. Das muss jetzt rasch umgesetzt werden. Sowohl die Studierenden und die an einem Lehramtsstudium Interessierten als auch die Universitäten brauchen Klarheit und Planungssicherheit. Und es geht darum, für die Schulen den dringend nötigen LehrerInnen-Nachwuchs auf hohem pädagogischen und fachlichen Niveau auszubilden. ■



Matthias Jähne

FOTO: PRIVAT

Die jetzige Studienstruktur mit dem »Kleinen Master« hat auch gravierende Folgen für die Deckung des Lehrkräftebedarfs.



Baukastensatz mit Innovationsoffensive

Das neue Referendariat hat viele positive Ansätze

von Laura Pinnig, Vorstandsbereich Hochschule und LehrerInnenbildung



FOTO: PRIVAT

Laura Pinnig

Zum Ersten dieses Monats haben rund 600 Lehrer*innen ihr Referendariat aufgenommen. Für sie gilt erstmals die neue Verordnung zum Vorbereitungsdienst. Mit ihr gibt es erfreuliche Neuerungen: eine einheitliche Unterrichtsverpflichtung von zehn Stunden für alle Lehrämter, den Wegfall der verbindlichen Staatsexamensarbeit und die Modularisierung des Allgemeinen Seminars. Kernstück der Modularisierung ist das *Handbuch Vorbereitungsdienst*, das »nicht nur ein Nachschlagewerk, sondern der Handlungsrahmen für eine vergleichbare Ausbildung« sein soll.

Wie in der bisherigen Form des Referendariats sind die Lehrer*innen einem Seminar zugeordnet. Nach 30 Stunden Einführungsseminar in diesem können sie jedoch an ihrem Seminarstandort frei zwischen mehreren Seminaren wählen, um ihre Module zu belegen. Es gibt zwei Module mit unterschiedlicher Anzahl von Pflichtbausteinen.

Die Inhalte sind wie folgt gegliedert:

- Modul Unterrichten – Pflichtbausteine:
 - 1) Grundlagen des Lehrerberufes
 - 2) Planung von Unterricht
 - 3) Sprachförderung
 - 4) Unterrichtsarrangement
 - 5) Reflexion und Evaluation
 - 6) Inklusion I: Heterogenität wahrnehmen
- Modul Erziehen und Innovieren – Pflichtbausteine:
 - 1) Entwicklung
 - 2) Wertevermittlung
 - 3) Konflikte und Gewaltprävention
 - 4) Entwicklung der Berliner Schule

Außerdem werden Wahlbausteine aufgeführt, die von den Standorten bedarfsorientiert entwickelt werden können. Jeder Baustein umfasst mindestens 10 Stunden (à 45 Minuten) oder 4 Wochen. Insgesamt also 100 Stunden oder 40 Wochen. Wobei den Referendar*innen im zweijährigen Referendariat dafür 180 Stunden zur Verfügung stehen, während es im einjährigen Referendariat nur 90 Stunden sind. Hier müsste die Ausbildung kräftig gerafft werden. Die GEW BERLIN fordert deshalb die zügige Umsetzung des in der Koalitionsvereinbarung festgelegten einheitlichen Vorbereitungsdienstes von 18 Monaten.

Jedes Modul muss nach den absolvierten Pflichtbausteinen mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Diese zwei Prüfungen ersetzen die bisherige schriftliche Prüfungsarbeit zum Zweiten Staatsexamen und die mündliche Prüfung. Für die Modulprüfung können die Lehrer*innen zwischen folgenden vier Formen wählen, wobei zwei unterschiedliche gewählt werden müssen:

- mündlich zu einem Thema oder als Reflexion nach einem Unterrichtsbesuch (maximal 20-25 Minuten),
- multimedial zu einem Thema (maximal 20 Minuten),
- schriftlich zu den Themen des Moduls (drei Wochen für eine zehnteilige Hausarbeit),
- oder als Portfolio zu einem Projekt (maximal 15 Seiten).

Die mündliche und die multimediale Prüfung sind auch als Gruppenprüfung möglich. Dadurch verlängert sich die Prüfungszeit. Schulrecht wird nicht mehr explizit geprüft, soll aber in den Modulen



Einheitlich zehn Stunden müssen Lehrer*innen künftig arbeiten.

FOTO: BERT BUTZKE

vermittelt werden. Die Grundlage dazu bildet ein Kerncurriculum

Mit dem *Handbuch Vorbereitungsdienst* füllt die Senatsverwaltung einen luftleeren Raum, in dem die ReferendarInnen bisher mal mehr, mal weniger ausgebildet wurden. Außerdem weist sie darauf hin, dass »Ansprüche, die an die auszubildenden Lehramtsanwärter gestellt werden, (...) grundsätzlich auch von den Ausbilderinnen und Ausbildern einzulösen« sind. Sicherlich wird es Semi-

narleiterInnen geben, die aufgrund der inhaltlichen Vorgaben, der nötigen Kooperation mit anderen KollegInnen, der Vielzahl von Modulprüfungen und den anzufertigen Beurteilungen stöhnen werden. Doch insgesamt könnte die Modularisierung der Seminare zu einer Verbesserung des Vorbereitungsdienstes beitragen. Sie wird langfristig auch

Modulinhalte schaffen mehr Transparenz.

endlich die Einführung eines Teilzeitreferendariats ermöglichen, das die GEW BERLIN schon seit Jahren fordert.

Ob jedoch eine Innovationsoffensive von den zukünftigen LehreranfängerInnen ausgehen wird, bleibt abzuwarten. Vielleicht hätten die AutorInnen des Handbuchs für das Modul Erziehen und Innovieren einen anderen Titel finden sollen. Denn ein Ansatz fürs »Innovieren« müsste sich mindestens im vierten Pflichtbaustein

wiederfinden. Doch die dort geforderte Kompetenz, LehreranwärterInnen beteiligen sich an Planung und Umsetzung schulischer Projekte und Vorhaben, bleibt zu vage. Es ist sehr fraglich, ob damit die KollegInnen das nötige Handwerkszeug erhalten, um die Berliner Schulentwicklung voranzubringen. ■

Neue LehrerInnenbildung

Was heißt das an der Freien Universität Berlin?

von Diemut Ophardt, Geschäftsführerin des Zentrums für Lehrerbildung

Das gute Unterrichten gute LehrerInnen erfordert, darüber gibt es längst keine Diskussion mehr und damit ist auch die LehrerInnenbildung mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Drei Anforderungen muss eine moderne universitäre Lehrerbildung begeben, um Lehramtsstudierende optimal auf die vielfältigen Anforderungen des Berufs vorzubereiten:

Im Unterschied zu anderen Studiengängen wie dem wesentlich homogeneren Psychologiestudium muss ein Lehramtsstudium Wissen in sehr unterschiedlichen Bereichen vermitteln: fachliches und fachdidaktisches Wissen in zwei Fachrichtungen sowie fachunabhängiges pädagogisches Wissen (beispielsweise zu Lernprozessen und Klassenführung). In den früheren Staatsexamensstudiengängen konnte dieses umfassende Angebot vielfach nicht gewährleistet werden, so konnte es durchaus vorkommen, dass Absolventen am Ende des Studiums keine lernpsychologischen Kenntnisse hatten.

Wissen allein reicht nicht, denn die Studierenden müssen damit vertraut gemacht werden, theoretisches Wissen auf die konkrete Planung und Durchführung von Unterricht anzuwenden. Dies sollte in sinnvoll dosierten Schritten geschehen und nicht durch vorschnelle Konfrontation mit beliebigen Praxissituationen. Eine zentrale Rolle für

die erfolgreiche Wissensanwendung spielt dabei die kompetente Begleitung und Beratung durch qualifizierte MentorInnen an Schulen.

Bei aller – unumgehbarer – Komplexität sollte ein Lehramtsstudium so organisiert sein, dass es studierbar ist. Die Vielfalt der Fächer und Kombinationen darf nicht mit Überschneidungen im Lehrangebot einhergehen und die Studierenden dürfen sich nicht in den Studienbereichen und einer zu komplizierten Prüfungsorganisation verlieren. Lehramtsstudierende brauchen daher spezifische, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Informations- und Beratungsangebote.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist es nur zu begrüßen, dass an den Universitäten in Deutschland in den letzten Jahren eine intensive Debatte zu den Bedingungen einer erfolgreichen universitären Lehrerbildung entstanden ist. Dies gilt auch für die Freie Universität Berlin (FU), deren Strategie durch ineinandergreifende Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen gekennzeichnet ist.

Gemeinsam mit den anderen lehrerbildenden Universitäten hat die FU den Reformschub des Bologna-Prozesses genutzt, um das Lehramtsstudium systematischer zu strukturieren. So ist Lernpsychologie für die jetzigen Studierenden eine Selbstverständlichkeit! Die in dem Kontext etablierte Zusam-



Diemut Ophardt

FOTO: PRIVAT



- ▶ menarbeit der Universitäten ist inzwischen auch für weitere Kooperationen fruchtbar geworden.

Gleichwohl profiliert sich die FU auch durch eigene, neue Wege, so wird hier seit diesem Semester der innovative Studiengang »Integrierte Naturwissenschaften« angeboten.

Praxisorientierung heißt an der FU nicht einfach »so viele Praktika wie möglich«! In vielen Lehangeboten wird die Anwendung von Wissen auf die Planung und Durchführung von Unterricht in dosierter Form angebahnt. So haben Lehramtsstudierende der Naturwissenschaften im Rahmen von Schülerlaboren die Gelegenheit, in einem geschützten Raum

Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre vorgesehen, um eine hochwertige MentorInnenqualifizierung zu entwickeln und anzubieten.

Früher als andere Universitäten hat die FU erkannt, dass LehrerInnenbildung eine intelligente Organisationsstruktur braucht, und hat 2006 das Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) gegründet. Die Vorteile für Studierende: Sie müssen ihre Prüfungsorganisation nicht – wie an anderen Universitäten – mit drei Prüfungsbüros koordinieren, sondern werden im Master of Education am ZfL persönlich und effizient betreut. Mit einem zentralen Lehrplancontrolling sorgt das ZfL im Master für einen überschneidungsfreien Stundenplan. Besonders stolz ist das ZfL über das breit ausgebaute Informations- und Unterstützungsangebot, das schon SchülerInnen gezielt anspricht (»Einen Tag auf Lehramt studieren«, »Schülercampus: Mehr Migranten werden Lehrer«) und die Studierenden vielfältig unterstützt, zum Beispiel durch das Gruppenmentoringprogramm für StudienanfängerInnen oder die Beratung durch das ZfL-Tutorenteam.

Neue LehrerInnenbildung heißt kontinuierliche Weiterentwicklung lehramtsbezogener Studiengänge und studienbegleitender Angebote. Hier ist noch viel zu tun. Wichtige Erfolgsbedingungen sind an der FU Berlin gegeben: Eine exzellente Vernetzung des Zentrums für Lehrerbildung und ein breiter Konsens, LehrerInnenbildung als zentrale Querschnittsaufgabe zu begreifen. ■

Gemeinsam mit den anderen lehrerbildenden Universitäten hat die FU den Reformschub des Bolognaprozesses genutzt, um das Lehramtsstudium systematischer zu strukturieren.

erste Unterrichtsversuche durchzuführen, in der Sozialkunde entwickeln Teams von Studierenden innovative Unterrichtsentwürfe und setzen diese in Schulklassen um. Damit die Studierenden im Rahmen des für 2013 geplanten Praxissemesters von kompetenten MentorInnen betreut werden, hat die FU ein Zeichen gesetzt und in beachtlichem Umfang Mittel aus dem Bund-Länderprogramm für bessere

»Da sind die Prioritäten falsch gesetzt ... «

Ein Bericht über das Zentrum für Lehrerbildung der Freien Universität Berlin

von Darius Zander, Student an der FU (der richtige Name ist der Redaktion bekannt)

Das Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) sollte die erste Anlaufstelle für Lehramtsstudierende sein, wenn es Fragen zum Studienverlauf oder aufkommende Probleme zu klären gibt. Im Gegensatz zu der Arbeit des Prüfungsbüros der Grundschulpädagogik und der lehramtsbezogenen Berufswissenschaften wird dies von der Geschäftsführung des ZfL und ihrer langjährigen Assistenz sehr mangelhaft umgesetzt.

Generell scheint das ZfL seit dem Wechsel der Geschäftsführung seinen Fokus nicht mehr bei den Studierenden und deren Studienangelegenheiten zu sehen, sondern vielmehr in der Außendarstellung und dem Konkurrenzkampf mit der Humboldt-Universität. Es hat den Anschein, als ob das ZfL berlinweit in der LehrerInnenbildung die Nase vorn haben will.

Zurzeit konzentriert sich die Geschäftsführung vornehmlich auf die Bildung von Kooperationsverträgen mit Schulen in und um Berlin sowie ihre unterschiedlichen Vortragsreihen. Dieses Vorhaben kann eine lohnende Sache sein, jedoch sollten dabei studentische Belange nicht auf der Strecke bleiben. Das hat zur Folge, dass Studierende kaum eine Chance haben einen Termin zu bekommen, um Probleme vorzubringen. Auch für die Fachschaftsinitiativen findet die Geschäftsführung wenig Zeit. Oft antwortet sie nicht einmal auf Anfragen via E-Mail. Ehemalige MitarbeiterInnen beklagen unklare Arbeitsanweisungen und nicht nachvollziehbare Kompetenzbereiche innerhalb des ZfL.

So war es einfacher, eine kompetente Mitarbeiterin zu kündigen und ihre Stelle neu zu besetzen als für sie eine Vertretung für ein halbes Jahr zu



finden. Diese Entscheidung wurde kompromisslos präsentiert und schien durch interne Konflikte motiviert zu sein. So verlief es auch bei dem Auswahlverfahren für die neue Führung des ZfL, bei dem sich ähnliche Intrigen vermuten lassen. Aus der Erfahrung zeigt sich, dass sich solche Situationen durchaus auf ein verschobenes Machtverhältnis zwischen Geschäftsführung und langjährige Assistentin zurückführen lassen.

Diese ist eigentlich für Probleme der Überschneidungsfreiheit, Kursorganisation und das Vorlesungsverzeichnis zuständig. Häufig trifft man von 12-16 Uhr anstatt dieser zuständigen Person nur den Hinweis »Mittagspause« an. Dazu hat es noch den Anschein, dass Kaffeepausen (während Studierende vor der Tür auf Beratung warten) und die von Sekt begleitete Verabschiedung einer Kollegin schon Monate vorher wöchentlich zelebriert wurden. Gleichzeitig klagt die Assistenz gerne über ihren Workload. Dass sie diesen nicht bewältigt, konnten alle Lehramtsstudierenden vor dem Wintersemester 2011/12 sehr gut beobachten, denn das Vorlesungsverzeichnis blieb sogar bis in die Vorlesungszeit hinein sehr unvollständig. Die Lehrveranstaltungen der romanischen Sprachen sowie die der Grundschulpädagogik wurden erst so spät veröffentlicht, dass viele Studierende große Probleme hatten, ihren Studienalltag zu organisieren und freie Zeiten für Nebenjobs und Familienleben einzuplanen.

Ähnliches zeigte sich auch im November 2011, als nach vierwöchigem Semesterbetrieb plötzlich eine Vielzahl an DaZ-Kursen aus dem Masterbereich gestrichen wurde und das ZfL auf die zahlreichen Beschwerden der Studierenden mit oberflächlichem Verständnis, aber wenig Alternativen reagierte. Als Grund dafür wurden Fehlkalkulationen und mangelnde Kommunikation zwischen den Verantwortlichen des ZfL angegeben.

Welches andere Dienstleistungsunternehmen könnte unter diesen Bedingungen in der freien Marktwirtschaft bestehen? Ebenso studierendenunfreundlich sind die massiven Benachteiligungen, die sich durch die unterschiedlichen Studienordnungen in den einzelnen Fächern ergeben. Eine Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen wird schon länger gefordert und ihre Notwendigkeit sehen vor allem auch die Mitarbeiterinnen in den Prü-

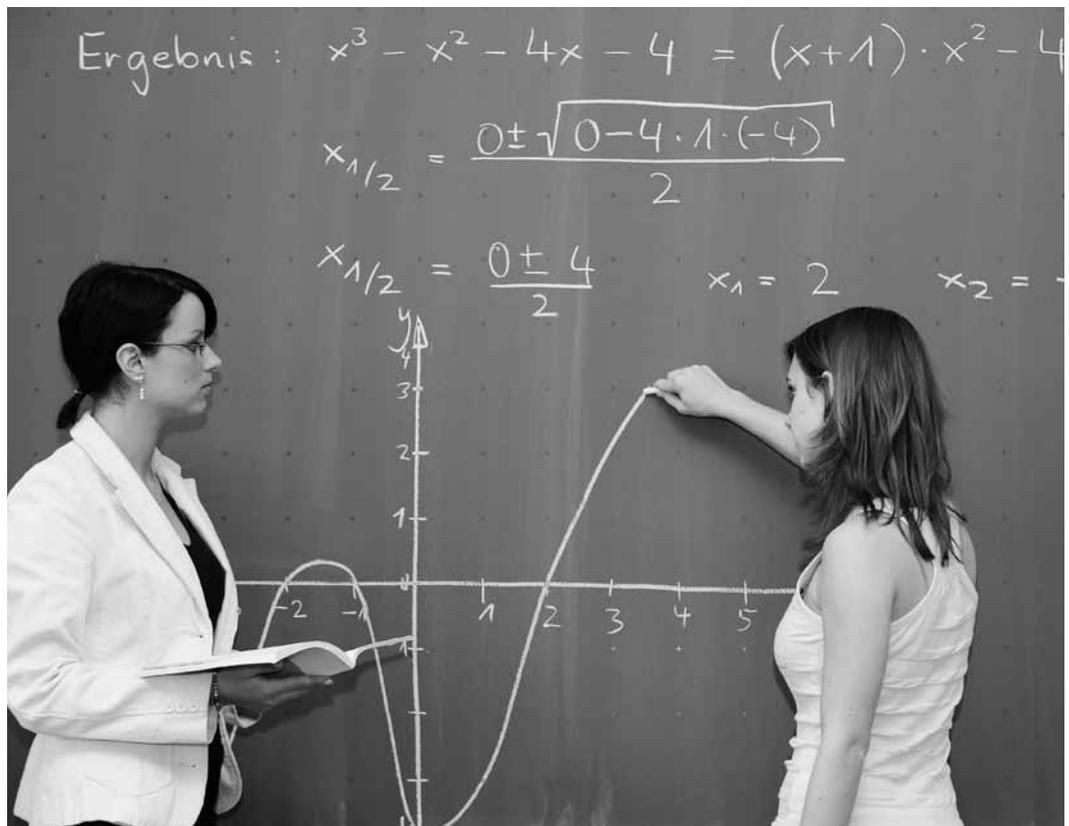
fungsbüros. So wurde die unverhältnismäßige Arbeitsbelastung der Mathematik und der naturwissenschaftlichen Studiengängen nie angegangen, obwohl sich schon mehrfach Studierende Hilfe suchend an das ZfL gewandt haben.

Eine wichtige Aufgabe des ZfL sollte auch die Organisation der Orientierungswoche für StudienanfängerInnen sein. Im Gegensatz zur Arbeit der Fachschaftsinitiativen hatte das ZfL kein wirkungsvolles Konzept zur Betreuung der ErstsemestlerInnen. Selbst die vom ZfL organisierten Fachberatungen wurden zum Teil von den ehrenamtlichen und unentgeltlich arbeitenden(!) HelferInnen der

Eine Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen wird schon länger gefordert und ihre Notwendigkeit sehen vor allem auch die Mitarbeiterinnen in den Prüfungsbüros.

Initiativen übernommen. Als Dank wurden die Fachschaftsinitiativen bei der Einführung der 400 ErstsemestlerInnen scherzhaft als unorganisiert und unprofessionell dargestellt, wodurch deren Arbeit, die sich durch die Schaffung eines sozialen Raumes innerhalb der universitären Routine auszeichnet, abgewertet wurde.

Diese Darstellung ist nur ein Ausschnitt der studentischen Erfahrungen mit dem ZfL, die durchaus weitergeführt werden könnten. ■



Referendarin mit einer Schülerin bei der Kurvendiskussion.

Learning by doing

Das berufsbegleitende Referendariat

von Laura Pinnig, Vorstandsbereich Hochschule und LehrerInnenbildung

In Berlin zeichnet sich für die nächsten Jahre ein deutlicher Mangel an Lehrkräften ab. Die Verwaltung hat dies nur teilweise anerkannt. In ihrer im letzten April veröffentlichten »Langfristprognose« rechnet sie den Mangel schön und behauptet: »Die sich öffnende Schere (...) wird durch Neueinstellungen von Lehrkräften geschlossen.« So soll es zum Schuljahr 2014/15 ganze 1486 Neueinstellungen geben! Doch schon bei den Studierenden zeigt sich deutlich: In mehreren Fächern wird es zu wenige AbsolventInnen mit Lehramtsabschluss geben. Da helfen auch »geringfügig« abnehmende SchülerInnenzahlen nicht, denn aufgrund der Altersstruktur wird sich der Lehrkräftebestand bis 2015/16 um rund 23 Prozent verringern. Das sind durchschnittlich nahezu fünfundzwanzig Lehrkräfte, die wöchentlich aus dem Berliner Schuldienst ausscheiden.

Wird die Anzahl der Referendariatsplätze jedoch nicht erhöht, wird es jährlich nur 1.110 AbsolventInnen geben. Laut Koalitionsvertrag soll eine einheitliche Referendariatsdauer von 18 Monaten kommen. Dadurch würden Studienräte schneller fertig. Doch selbst das würde die Zahl der AbsolventInnen erst ab 2015 auf 1.460 erhöhen und nur, wenn die nötige Änderung des Lehrerbildungsgesetzes 2014 in Kraft tritt. Deshalb soll der Seiten- und Quereinsteigeranteil ausgebaut werden. Seit 2005 werden Quereinsteiger mit Diplom-, Magister- oder Masterabschluss zum berufsbegleitenden Referendariat zugelassen. Derzeit sind das um die 100 ReferendarInnen. Eine von ihnen war bis vor wenigen Monaten die Kollegin Kim*:

LAURA PINNIG: *Frau Kim, Sie sind in China geboren und haben dort Germanistik studiert. Nun unterrichten Sie seit vier Jahren als Quereinsteigerin Chinesisch an Berliner Schulen. Wie ist es dazu gekommen?*

FRAU KIM: Ich habe schon in China Deutsch unterrichtet. In Deutschland habe ich dann Chinesisch-Unterricht für Kinder mit chinesischem Hintergrund gegeben.

PINNIG: *Sie haben eine unbefristete Stelle bekommen. Warum haben Sie dennoch das berufsbegleitende Referendariat begonnen?*

FRAU KIM: Für mich gab es lange Zeit keine Möglichkeit einen Lehramtsabschluss zu machen, weil es Chinesisch auf Lehramt in Deutschland nicht gibt. Deshalb konnte ich auch kein reguläres Referendariat machen. Seit zwei Jahren gibt es nun ein Fachseminar Chinesisch,

aber um am Gymnasium zu unterrichten, braucht man in Berlin einen Abschluss in zwei Fächern. Da ich in Berlin meinen Magister in Deutsch gemacht habe, wurde ich im September 2011 für das berufsbegleitende Referendariat in Deutsch und Chinesisch zugelassen. Ich habe gegen diese Zuordnung Widerspruch eingelegt, da Deutsch nicht meine Muttersprache ist und ich große Zweifel hatte. Man hat mir aber leider keine Wahl gelassen.

PINNIG: *Sie haben im September 2011 das berufsbegleitende Referendariat für die Studienratslaufbahn begonnen. Dazu haben Sie sieben Stunden Ermäßigung gewährt bekommen. Normalerweise unterrichten StudienreferendarInnen zehn Stunden. Wie sind Sie zurechtgekommen?*

FRAU KIM: In den letzten Jahren bin ich zwischen drei Schulen gependelt, an denen ich Chinesisch unterrichtete. Jetzt hatte ich neben den 19 Stunden Unterrichtsverpflichtung noch die drei Seminare. In meinem Fachseminar Deutsch war ich die einzige Quereinsteigerin. Ich hatte aber nicht das Gefühl, dass die Seminarleiterin auf meine Situation besonders Rücksicht genommen hat. Es hat mich ja keiner gezwungen, das berufsbegleitende Referendariat zu machen.

PINNIG: *Sie haben die Ausbildung dann nach kurzer Zeit abgebrochen. Warum?*

FRAU KIM: Ich war sehr unsicher, ob ich meine Prüfung in Deutsch bestehen würde. Der Anspruch an Studienräte ist natürlich sehr hoch. Mir fehlt neben der Theorie vor allem Wortschatz. Mein Deutsch ist ja nicht so gut, wie das der Kinder, die ich unterrichten muss.

PINNIG: *Für einen erfolgreichen Abschluss hätte eine bestandene Prüfung gereicht. Auch nach dem Referendariat hätten Sie vermutlich nicht Deutsch, sondern nur Chinesisch unterrichtet. Eine unbefristete Stelle hatten Sie ja bereits. Und dennoch haben Sie das berufsbegleitende Referendariat abgebrochen.*

FRAU KIM: Am Anfang klang das so toll: »Sie können einen Abschluss machen.« Aber für mich als Nichtmuttersprachlerin bleibt diese Tür verschlossen. Eine Vier in Deutsch hätte mir gereicht, aber das schien mir unter diesen Umständen unerreichbar. Ich hab ja gesehen, wie hoch die Belastung selbst für meine deutsche Kollegin war. Und die hat kein Kind. Ich habe zwei. ■

FORDERUNG DER GEW BERLIN:

Lehrkräften, die in das berufsbegleitende Referendariat aufgenommen werden, muss eine deutlich höhere Ermäßigung ihrer Unterrichtsverpflichtung (...) – und zwar in Höhe der Hälfte der Unterrichtsverpflichtung der jeweiligen Schulart – gewährt werden.

(Auszug aus dem Beschluss Nr. 8 der Landesdelegiertenversammlung, November 2011)

(*Name geändert)

Neun Monate Überlebenskampf

Der einjährige Vorbereitungsdienst in Berlin

Ein Gespräch zwischen Mareike Bibow und Gülden Alagöz, Mitglieder im Personalrat der LehreranwärterInnen

MAREIKE BIBOW (MB): Du hast gerade Deine Prüfung nach einem einjährigen Referendariat bestanden. Herzlichen Glückwunsch!

GÜLTEN ALAGÖZ (GA): Vielen Dank! Ich bin sehr froh darüber, dass dieses anstrengende Jahr jetzt – fast! – vorbei ist und hoffe, dass ich dann zum zweiten Halbjahr als Lehrerin für Geschichte und Deutsch an einer Grundschule in Berlin arbeiten kann.

MB: Eine Freundin von mir fasste den Tag der Prüfung so zusammen: »Ich werde diesen gestrigen Tag niemals vergessen, an dem die Frustration von neun Monaten Überlebenskampf im Referendariat ihren Höhepunkt fand, ich dennoch diese begehrte Bescheinigung in den Händen hielt!« Ist die Zeit für Dich auch ein Überlebenskampf gewesen?

GA: Ja! Ich habe die Zeit auch wie einen Überlebenskampf empfunden, den ich nicht noch einmal erleben möchte. Im Studium war es genauso: Unsere Dozenten nannten uns damals die »Versuchskaninchen« – wir waren der erste Bachelor/Master-Studiengang an der Freien Universität Berlin. Das war eine harte Zeit. Nach unserem »Probedurchlauf« wurde die Prüfungsordnung wieder geändert, da festgestellt wurde, dass die Anforderungen bei uns viel zu hoch waren.

MB: Und dann bist Du ins Referendariat gekommen ...

GA: ... und wieder waren wir die »Versuchskaninchen« (lacht). Ich habe mich nur gefragt, warum dieser ganze Stress? Letztlich haben wir in vier Jahren studiert, zackzack, um dann zwei Jahre auf das Referendariat zu warten, obwohl ich zum Beispiel einen sehr guten Notendurchschnitt hatte! Das ärgert mich.

MB: Und dann heißt es in den Medien immer, wir brauchen Lehrer!

GA: Und insbesondere Lehrer mit Migrationshintergrund!

MB: Nun hast Du also das Referendariat in sensationellen neun Monaten absolviert. Wie ist es Dir an der Schule als einjährige Lehreranwärterin ergangen?

GA: Ich hatte immer das Gefühl, dass die Zeit sehr knapp ist. Man hat wenig Zeit, sich auf die Schülerschaft, auf die Klassen einzustellen, einfach anzukommen und Vertrauen zu gewinnen. Sofort muss man sich Gedanken machen über Prüfungstermine,

Examensarbeit, Unterrichtsbesuche. Man muss wirklich Prioritäten setzen und es bleibt keine Zeit für weiteres Engagement an der Schule. Das wiederum wirkt sich auf die Beurteilung aus, denn die Erwartungen sind dieselben wie bei zweijährigen Referendaren.

MB: Und wie ist es Dir in Deinen Seminaren ergangen? War die Situation dort ähnlich?

GA: Die SeminarleiterInnen hatten in der Regel schon ein großes Verständnis für unsere Lage. Schule und SeminarleiterInnen waren sich eigentlich einig, dass die Ausbildungszeit zu kurz ist. Wir LehreranwärterInnen brauchen einfach mehr Zeit, um uns auszutesten, Ideen und Material zu sammeln. Am Anfang macht man halt viele Fehler und dann wird man auch sofort beurteilt. Das hat mich geärgert: So kommt zu den ausbildungstypischen Zweifeln, die jeder kennt, auch noch ein enormer Druck.

MB: Hast Du denn trotzdem das Gefühl, dass Du was gelernt hast?

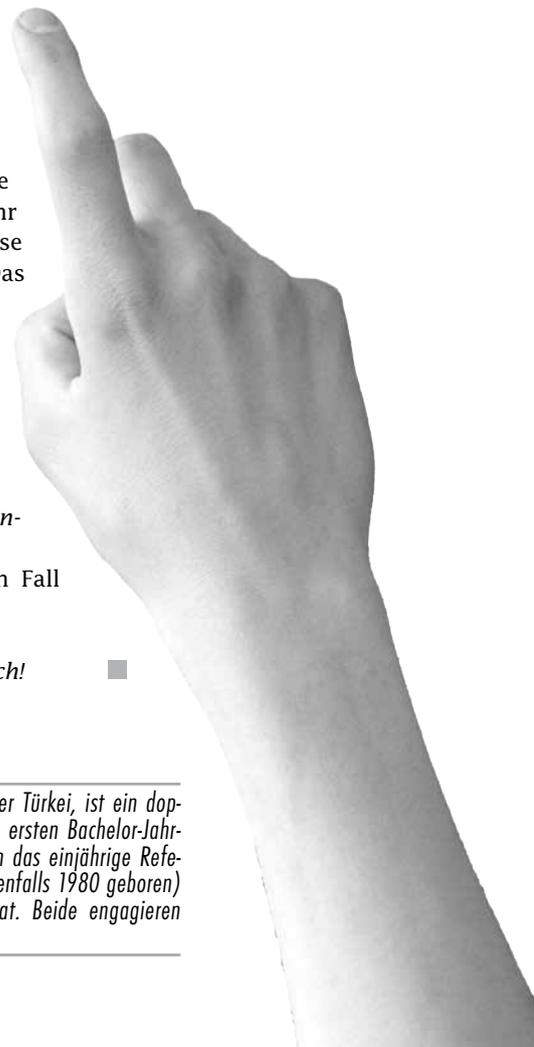
GA: Ja, natürlich. Aber zweijährige Referendare haben einfach mehr Zeit, sich zu entwickeln und diese Progression auch nachzuweisen. Das ist auch für einen persönlich wichtig zu zeigen: Okay, ich habe was gelernt und das kann ich jetzt auch umsetzen.

MB: Was denkst Du nun über die Pläne der Koalition, den Vorbereitungsdienst auf 1,5 Jahre zu vereinheitlichen?

GA: Ich finde diese Pläne auf jeden Fall sinnvoll.

MB: Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

GÜLTEN ALAGÖZ (Jahrgang 1980), geboren in der Türkei, ist ein doppeltes Versuchskaninchen: Sie hat sowohl den ersten Bachelor-Jahrgang an der Freien Universität Berlin als auch das einjährige Referendariat in Berlin überlebt. MAREIKE BIBOW (ebenfalls 1980 geboren) absolviert gerade das einjährige Referendariat. Beide engagieren sich im Personalrat der LehreranwärterInnen.



Doch, er ist wichtig!

Über die Bedeutung von LehrerInnenpersönlichkeit und Schulstruktur

von Michael Felten, Gymnasiallehrer

Was macht gute LehrerInnen aus? Eine Frage, die solche, die den Beruf ergreifen möchten, LehramtsstudentInnen also, oft mit einer Gemengelage aus pädagogischer Vorsicht und technischer Faszination beantworten: »Kindern auf Augenhöhe begegnen« oder aber »mit interessanten Medien arbeiten«, heißt es dann vage. Stellt man dieselbe Frage amtierenden LehrerInnen, dann lautet die Antwort zunächst: »Hängt vom jeweiligen Kultusminister ab.« Geht es um ihr eigenes Handeln, wirkt die Zunft seltsam gespalten. »Meistens Frontalunterricht«, heißt es verschämt hier, »viel selbstständiges Lernen, möglichst offener Unterricht«, tönt es beinahe euphorisch da – das Traditionelle wirkt unterlegen, die Moderne scheint auf dem Vormarsch. Allerdings wird das Freie und Offene im real existierenden Alltag schnell zur Farce – statt Klassengespräch werden Arbeitsblätter aufgetürmt, statt LehrerInnen-SchülerInnen-Beziehung dominiert Papiersteuerung. ReferendarInnen können in Prüfungsstunden meist dann mit einem Prädikatsexamen rechnen, wenn sie sich in ihrer LehrerInnenrolle eher zurückhalten. Und auch das Ergebnis von Schulinspektionen fällt dann ungünstig aus, wenn die Lehrkraft zu viel Aktion zeigt. Selbst wenn die Leistungsergebnisse der Schule gut sind.

Dabei hat dieser »Triumph des Selbst« seinen Zenit längst überschritten. Die Schulleistungsbefunde anderer Länder sprechen eine ganz andere Sprache. Japan zum Beispiel: Seine »PaukschülerInnen« sind deutschen SchülerInnen keineswegs nur im Reproduzieren weit voraus. Ihre LehrerInnen verfügen über eine differenzierte Choreografie der Lernprozesssteuerung. Ebenso Finn-



Auf den Lehrer kommt es an!

FOTO: IMAGO/GERHARD LEBER

land: Viele BeobachterInnen ließen sich vom Gesamtschulsystem hypnotisieren und übersahen – neben der hohen Förderqualität – den vorherrschenden Frontalunterricht.

Hierzulande fiel es leicht, solche Evidenzen einfach auszublenden. Die Bildungsdebatte war viele Jahre eine ideologische, die auch ohne empirische Bildungsforschung auskam. Dabei resümierte der Gründungsrektor des Max-Planck-Instituts für psychologische Forschung in München, Franz E. Weinert, schon vor zehn Jahren: Nicht eine Unterrichtsform sei besonders lernwirksam, sondern viele – all diejenigen nämlich, die »ein hohes Maß an themenbezogener SchülerInnenaktivität mit einem hohen Maß an schülerInnenorien-

tierter LehrerInnensteuerung verbinden«. Auch im Klassenzimmer führen also viele Wege nach Rom – wenngleich keineswegs alle.

Dieser recht unspektakulär daher kommende Befund – kein Wort von Spaß, keinerlei Betonung von Selbstbestimmung – leitete eine empirische Wende in der Bildungsdebatte ein: Hilbert Meyer, eine Art Papst der LehrerInnenausbildung, gab 2004 in seinem Buch »Was ist guter Unterricht?« öffentlich zu, sich geirrt zu haben. Seine langjährige Meinung, dass ein hoher Anteil an Selbstregulation der SchülerInnen dem traditionellen Unterricht weit überlegen sei, könne er nicht aufrechterhalten. Mit unterschwelligem Zähneknirschen wurde lehrerInnengesteuerten Arbeitsformen nun eine gewisse Gleichwertigkeit zuerkannt.

Indes erwiesen sich die FanatikerInnen des Offenen als zäh und gut vernetzt, an den Hochschulen ebenso wie in den LehrerInnenseminaren und Kultusbehörden. Zumal empirische Bildungsforschung vielfach skeptisch beäugt wird. Was lässt sich nicht alles »beweisen«, wenn man nur geeignet zählt und auswertet! Metaanalysen dagegen, Studien also, die die Ergebnisse vieler Einzeluntersuchungen bündeln und gewichten, lassen sich nicht ohne Weiteres von der Hand weisen. Dem hessischen Amt für LehrerInnenfortbildung ist deshalb zu danken, dass es die PädagogenInnen hierzulande von einer neuen Metastudie in Kenntnis gesetzt hat: *Visible Learning* lautet ihr Titel, verfasst von John Hattie, einem neuseeländischen Bildungsforscher. Rund 800 internationale Metastudien hat er ausgewertet, sie beziehen sich auf rund 50.000 Einzelstudien. 138 Einflussfaktoren für den

Lernerfolg hat Hattie darin ausgemacht. Aber anstatt sich in der Unübersichtlichkeit zu verheddern, stellt er die entscheidenden Fragen: Was wirkt nachhaltig, besitzt also eine besonders hohe Effektivität – »What works best?«

Hatties Befunde belegen den absoluten Vorrang personaler vor strukturellen Einflussfaktoren. Nicht auf Schulorganisation oder Schulpolitik, sondern auf die Lehrer kommt es an (»the teacher matters«!). Aber nicht der geborene Lehrer als Ausnahmetalent ist gemeint, sondern sein erlernbares Handeln (»What teachers do matters«). Und dann folgt eine Liste wirkungsmächtiger Faktoren, die sich wie eine Rehabilitation, aber auch Psychologisierung des Pädagogischen liest: strukturierte, klare und störungspräventive Unterrichtsführung; zugewandtes, ermutigendes, fehlerfreundliches und unterstützendes Lernklima; eine breite Palette an aktivierenden Lehr- und Lernstrategien; evaluative Vorgehensweisen, also das Einholen möglichst vielfältiger Informationen über Vorwissen, Arbeitsprozesse und Lernerträge der Schüler; schließlich fachliche Materialien und Programme zur spezifischen Unterstützung leistungsschwächerer Schüler.

Eigentlich ein Paukenschlag: vier Jahrzehnte Schulsystemdebatte umsonst, Regalkilometer an didaktischen Beschwörungen des Offenen und Auto-

nomen überflüssig! Welch veritables Stück Bildungsgerechtigkeit hätte sich in der Zeit und mit dem Papier schaffen lassen! Denn »nahezu alles, was die moderne Schulpädagogik für fortschrittlich hält« – so warnt der Göttinger Erziehungswissenschaftler Hermann Giesecke schon seit Langem –, »benachteiligt die Kinder aus bildungsfernem Milieu«.

Auf das Handeln der Lehrer kommt es also an – auf die richtige Einstellung und auf viel Kleinarbeit: dass sie das Vorwissen für neue Lernschritte bei ihren Schülern nicht einfach voraussetzen (Startillusion), sondern sorgfältig in Er-

Die Hattie-Studie ist beileibe kein Freibrief für monotonen Lehrervortrag – aber eine Absage an jede Selbstlern-Idyllik.

fahrung bringen – und rechtzeitig und fantasievoll aktivieren. Dass sie nicht der gemütlichen These anhängen, Kinder wüssten selbst am besten, was gut für sie ist (Autonomieillusion), sondern deren entwicklungspsychologischem Bedürfnis nach Anleitung, Erklärung und Orientierung nachkommen. Dass sie sich nicht mit zwei, drei bestätigenden Schülerantworten zufriedengeben (Verständnisillusion), sondern eine Palette an Verstehens-, Trainings- und Prüfungsaktivitäten organisieren.

Die Befunde der jüngsten XXL-Analyse wirken wie ein Gegenstück zur gängigen

Reform euphorie – sie sprechen für die Verfeinerung von Bewährtem: Der gute Lehrer als leidenschaftlicher Erzieher und Erklärer, der seine Schüler ernst nimmt – er vermag ihre Perspektive als Lernende einzunehmen, und er verdeutlicht ihnen die seinige als Unterrichten-der. Die Hattie-Studie ist beileibe kein Freibrief für monotonen Lehrervortrag – aber eine Absage an jede Selbstlern-Idyllik.

Mittlerweile bezahlen wir Heerscharen von AkademikerInnen dafür, dass sie ständig pädagogische Neuigkeiten präsentieren. Es geht aber nicht darum, Schule permanent neu zu denken – es geht darum, genügend PraktikerInnen zu haben, die selbstbewusst und feinfühlig einen guten Mix an Lernaktivitäten ausbalancieren, Tag für Tag. Das Rad muss auch

in der Pädagogik nicht neu erfunden werden – es gilt vielmehr, beständig daran zu arbeiten, dass die Räder rund, leicht und gut gelagert sind. Mit Goethe könnte man auch sagen: Alles Vernünftige ist bereits einmal gedacht worden – es kommt darauf an, es noch einmal genauer zu betrachten. ■

Der Autor ist Lehrer an einem Kölner Gymnasium. Soeben von ihm erschienen: »Schluss mit dem Bildungsgerede! Eine Anstiftung zu pädagogischem Eigensinn«. Weiteres unter www.eltern-lehrer-fragen.de. Der Artikel ist zuerst in der Zeit am 3.11.2011 erschienen.

ANZEIGE



Nicht quadratisch, aber praktisch und gut.

Das Angebot besteht aus:

- 2 x Bettrahmen 90 x 200 cm in Buche natur, lackiert
- 2 x Rollrost
- 2 x Polyschaummatratze Delphin 14 RG 40, fest

Der Sonderpreis von 1.300,- gilt bei Bestellung bis zum 29.2.2012 und versteht sich incl. Lieferung und Aufbau in Berlin. Die Lieferzeit beträgt ca. 6 Wochen.

Entdecken Sie die Welt der intelligenten Massivholzmöbel.

Kantstr. 17/ Ecke Umlandstr.
im stilwerk · 10623 Berlin
Telefon: 030-315 15 460
Internet: www.trollhus.de


TROLLHUS
NATÜRLICH SCHÖN WOHNEN

Kein Platz für Flüchtlingskinder

Über die Mängel der Beschulung von Flüchtlingskindern

von *Monika Rebitzki, Landesausschuss für multikulturelle Angelegenheiten*

Seit zwei Jahren kritisiert die SAG Bildung des Flüchtlingsrats die Bildungsbenachteiligung von neu zuziehenden SchülerInnen ohne deutsche Sprachkenntnisse. Die früheren Kleinklassen waren im Zuge der Einrichtung der Integrierten Sekundarschulen (ISS) unter den Tisch gefallen. Seit diesem Schuljahr hat die Senatsverwaltung zwar nachgebessert und »Lerngruppen für Neuzugänge« eingerichtet und wieder gesondert ausgestattet. Die organisatorische Umsetzung ist aber weiterhin eine Katastrophe. Der Mail- und Schriftverkehr, der seitdem zwischen der Verwaltung und den VertreterInnen der Betroffenen geführt wird, hat stark kafkaeske Züge. In dem letzten Schreiben der Senatsverwaltung vom 15. November 2011 sieht aber alles wohlgeordnet aus:

- Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung – neuerdings Bildung, Jugend und Wissenschaft – setzt die Rahmenvorgaben einschließlich der Personalausstattung.
- Die Bezirke müssen die Vorgaben – räumlich – umsetzen.
- Die Schulen, an denen die »Lerngrup-



Der Rettungsring für Flüchtlingskinder fehlt noch.

FOTO: IMAGO/STEINACH

pen für Neuzugänge« eingerichtet werden, sind für das pädagogische Konzept der Sprachförderung im Rahmen des Schulprogramms zuständig. Das hört sich zunächst klar und übersichtlich an. Wie kommt es dann, dass gegen Ende des ersten Schulhalbjahrs immer noch ungefähr 100 Kinder und Jugendliche auf einen Schulplatz warten? Bis zum Beginn des zweiten Schul-

halbjahres wird die Misere wohl anhalten, weil inzwischen der Lehrermarkt leergefegt ist.

Was macht das mit jungen Menschen, die zum Teil traumatisiert in Deutschland angekommen sind und ohne Sprachkenntnisse und Orientierung auf HelferInnen – SozialpädagogInnen und Lehrkräfte – angewiesen sind, die selbst hilflos der Bürokratie gegenüberstehen?

Willkommensklassen

So nennt man in einigen Bezirken neuerdings die »Lerngruppen für Neuzugänge«. In einer Presseerklärung hat sich der Flüchtlingsrat Anfang November gegen Missstände gewandt und die GEW ist daraufhin bei der Senatsverwaltung vorstellig geworden. Neben der schon erwähnten unzumutbaren Wartezeit auf einen Schulplatz ging es vor allem um zwei Punkte:

- Die Verweigerung der Aufnahme von jugendlichen Flüchtlingen durch Schulleitungen, weil sie angeblich nicht mehr der Schulpflicht unterlägen.
- Die Entlassung von SchülerInnen aus Willkommensklassen ohne einen Regelschulplatz.

Zu beiden Punkten gibt es rechtliche Belehrungen in dem Antwortschreiben, die unsere Auffassung bestätigen, aber in der Sache nicht helfen, weil sie nicht konsequent eingehalten werden. LehrerInnen und BeraterInnen werden allein gelassen und müssen in jedem Einzelfall um das Recht der Jugendlichen auf einen Schulplatz kämpfen.

Willkommen in Berlin!

Das würde bedeuten, dass

- ankommende jugendliche Flüchtlinge und Flüchtlingskinder umgehend einen Schulplatz bekommen, um die deutsche Sprache zu lernen, Orientierungswissen zu erwerben und ihre schulische Bildung fortsetzen zu können.

GERANGEL UM ZUSTÄNDIGKEIT

Viele Bezirke in Berlin haben große Probleme, Schulplätze für die Kinder von Flüchtlingen bereit zu stellen, damit sie die deutsche Sprache lernen können. Es fehlt an Räumen und LehrerInnen. Der Schulsenat schiebt die Bereitstellung von Räumen in die Zuständigkeit der Bezirke. Diese fühlen sich überfordert und wollen nur noch Kinder aufnehmen, die auch im Bezirk wohnen. Das aber führt zu weiteren Ungleichgewichten, zumal nicht jeder Bezirk Klassen für diese Kinder eingerichtet hat.

Leidtragende sind die Kinder, die dann in Regelklassen untergebracht werden, obwohl sie kein Deutsch können und es so auch nur rudimentär lernen können, ohne Chance auf einen Schulabschluss. Im Januar soll der Rat der Bürgermeister zu diesem Thema tagen, denn die Situation drängt nach einer Lösung. Ein Vorschlag, die Kinder in Asylheimen zu unterrichten, ist aber keine Alternative.

QUELLE: TAZ, 29. DEZEMBER 2011



FOTO: TRANST/POLENTZ

MEHR FLEXIBILITÄT

Die Heinrich-von-Stephan-Schule in Mitte hat eine Klasse mit 15 Kindern ohne Deutschkenntnisse. Ihre LehrerInnen wünschen sich anstelle der Vorgabe der Senatsverwaltung, dass diese SchülerInnen nach einem Jahr in Regelklassen integriert werden sollen, eine flexible Regelung. Denn es gibt Niveaustufen von Analphabeten bis zu Gymnasiasten. Aber allen ist eines gemeinsam: Sie wollen die Sprache möglichst schnell lernen, um am Leben hier teilnehmen zu können.

QUELLE: TAZ, 29. DEZEMBER 2011

- beim Umzug aus dem Wohnheim pädagogisch entschieden wird, ob sie auch die Schule wechseln.
 - für SchülerInnen der Klasse 1 und 2, die direkt in die Schulanfangsphase aufgenommen werden müssen, zusätzliche Mittel bereitgestellt werden und Schulen nicht aus den ohnehin dürftigen Mitteln für die Sprachförderung schöpfen müssen.
 - der Zeitpunkt des Übergangs aus einer Willkommensklasse in eine Regelklasse nicht allein vom Sprachstand, sondern auch von der psychosozialen Situation der SchülerInnen abhängig gemacht und die unterrichtende Lehrkraft an dem Prozess direkt beteiligt wird.
- Um das zu gewährleisten, bedarf es einer umfassenden gesamtstädtischen Lösung. Das schließt auch ein organisatorisches und inhaltliches Rahmenkonzept ein. Was bisher von der Senatsbildungsverwaltung als Konzept »verkauft« wird, sind bestenfalls organisatorische Vorgaben.

Aus der Presseerklärung des Flüchtlingsrats vom 9. November 2011: Es gibt kein einheitliches Konzept zur Beschulung von Kindern ohne Deutschkenntnisse, den Schulen bleibt es selbst überlassen, ob sie besondere Lernklassen einrichten oder nicht und ob sie für diesen Zweck ausgebildete LehrerInnen beschäftigen. In machen Bezirken gibt es daher überhaupt kein spezialisiertes Angebot für nicht-deutschsprachige Neuzugänge.

Antwortschreiben der Senatsverwaltung vom 15. November 2011: »Die Beschulung der Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse ist in Berlin geregelt. Für die

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Berliner Schule ist weder die ethnische Zugehörigkeit noch der aufenthaltsrechtliche Status von Belang. Im Vordergrund steht das Recht auf Bildung. (Auslassung zu Schulpflicht und Recht auf Beschulung.)

Es obliegt den Bezirksämtern in Abstimmung mit der regionalen Schulaufsicht, Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse an geeignete Schulen zu überweisen. Neu zugereiste Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse werden wie folgt beschult:

- in den ersten beiden Jahrgangsstufen im Rahmen der Schulanfangsphase
- ab Jahrgangsstufe 3 in besonderen Lerngruppen und ggf. im Regelunterricht

Besondere Lerngruppen sind Lerngruppen, die parallel zu Regelklassen geführt werden. Es obliegt der Schule im Rahmen ihres schuleigenen Sprachbildungskonzepts, geeignete Maßnahmen festzulegen und Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse entsprechend ihren Vorkenntnissen zu unterrichten. Ziel ist der schnellstmögliche Erwerb der deutschen Sprache, um einen endgültigen Übergang in eine Regelklasse zu ermöglichen.

Hinsichtlich der Teilnahme am Unterricht der Regelklasse ist den individuellen Lernvoraussetzungen der neu zugereisten Schülerinnen und Schüler Rechnung zu tragen. Bei Vorliegen einer guten Vorbildung (regelmäßiger, erfolgreicher Schulbesuch im Herkunftsland) kann ein Eintauchen ins »Sprachbad« der Regelklasse, zumindest in ausgewählten Fächern (z.B. Kunst, Musik, Sport, Fremdsprachen oder Neigungsfächern) eine geeignete Maßnahme sein.

Für Schülerinnen und Schüler ohne nachweisbare Vorbildung, auch traumatisierte (Flüchtlinge) SchülerInnen, sind separate, besondere Lerngruppen sachgerecht. In diesem Fall ist der Anteil der Teilnahme am Regelunterricht geringer oder gar nicht gegeben. Sofern neu zugereiste Schülerinnen und Schüler nicht alphabetisiert sind, wird entsprechender Unterricht angeboten.

Beim endgültigen Übergang in eine Regelklasse ist die Entscheidung über die geeignete Jahrgangsstufe zu treffen: Dabei sind auch die Kenntnisse in den Sachfächern zu berücksichtigen. In aller Regel bleibt ein besonderer Förderbedarf in Sprache und Fach in der Regelklasse bestehen. Der Besuch einer besonderen Lerngruppe wird nicht auf die Höchstverweildauer angerechnet.

Seit dem Schuljahr 2011/2012 werden »Lerngruppen für Neuzugänge« als Klassenart realisiert. Sie werden für ein Schuljahr von der regionalen Schulaufsicht genehmigt und in Zusammenarbeit mit dem Schulträger eingerichtet. Sie werden gesondert abgerechnet und gehen nicht in die Frequenzberechnung der Regelklassen an den betroffenen Schulen ein. Bei mehrzügiger Einrichtung von Klassen an einer Schule gilt eine Zummessungsfrequenz von 12 Schülerinnen und Schülern. Nach dem Übergang der Neuzugänge aus den Lerngruppen in die Regelklasse wird der besondere Förderbedarf aus den vorhandenen Mitteln der Sprachförderung zu gewiesen.«

Notwendige Voraussetzungen für ein adressatenbezogenes Konzept sind:

- Innerhalb der Bezirke müssen neue Wohnheimstandorte rechtzeitig den Jugend- und Schulämtern bekannt gemacht werden.

LANGE WARTEZEIT

Eine Mutter ist mit ihren drei Söhnen aus Afghanistan geflüchtet. Sie sucht Hilfe bei der Beratungsstelle des Flüchtlingsrates, weil sie sich seit vier Monaten vergeblich um einen Schulplatz für einen ihrer Söhne bemüht. Die beiden älteren haben durch persönliche Nachfragen bei mehreren Schulen einen Platz bekommen, nachdem sie zwei Monate ohne Reaktion auf der Warteliste des Schulamtes Lichtenberg standen.

QUELLE: TAZ, 29. DEZEMBER 2011

- In jedem Bezirk muss eine koordinierende Stelle, zum Beispiel ein Runder Tisch wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, eingerichtet werden. Flüchtlingsströme sind nicht langfristig planbar. Auf sie muss schnell, kompetent und auf der Grundlage humanitärer Prinzipien reagiert werden.

- In jedem Bezirk sollte es eine Koordinatorin oder einen Koordinator aus den Reihen der Lehrkräfte der Willkommensklassen für die von der Maßnahme betroffenen Lehrkräfte im Bezirk geben.

Die Fortbildung für durchgängige Sprachbildung in allen Fächern muss für alle Lehrkräfte angeboten und verbindlich gemacht werden. Davon würden nicht nur die Flüchtlingskinder und -jugendlichen profitieren, sondern alle SchülerInnen der Berliner Schule. ■

20 Jahre Mete-Ekşi-Preis

Eine würdevolle Feier mit viel Prominenz, besinnlichen Momenten und anregenden Gedanken

von Norbert Gundacker, Mete-Ekşi-Fonds



Der erste Preis ging an das Projekt Schülerpaten e.V. und wurde überreicht von Barbara John und Halil Can. Das Projekt bringt Berliner Studierende und SchülerInnen mit arabischem Hintergrund zusammen.

FOTO: CHR. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Am 19. November wurde in Erinnerung an Mete Ekşi der von der GEW BERLIN und vom Türkischen Elternverein ins Leben gerufene Preis zum zwanzigsten Mal vergeben. Mete war 19 Jahre alt, als er am 13. November 1991 nach einer Auseinandersetzung unter jungen Menschen starb.

Kranzniederlegung am Gedenkstein

Vor der eigentlichen Preisverleihung hatte eine Kranzniederlegung am Gedenkstein für Mete Ekşi am Adenauerplatz stattgefunden. Schon eine halbe Stunde vor dem vorgesehenen Termin wartete Erhard Laube in der Nähe des Gedenksteins, er hatte 1991 als Landesvorsitzender den Anstoß zur Gründung

des Mete-Ekşi-Fonds gegeben. Er wusste noch genau, wo es zu der Auseinandersetzung gekommen war: auf der anderen Seite der Kreuzung, dort wo sich das Steakhaus befindet. Der neue Bezirksbürgermeister versprach, auf die Pflege des Gedenksteins angesprochen, bei den Verantwortlichen des Grünflächenamts seines Bezirks nachzuhaken. Vielleicht kann daraus ein Projekt der in der Nähe liegenden Schulen werden?

Gerade einmal wenige Tage im neuen Amt, legten Bürgermeister Reinhard Naumann und BVV-Vorsteherin Judith Stückler für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf am Mete-Ekşi-Gedenkstein einen Kranz nieder. Das Bezirksamt war außerdem durch die neue Jugendstadträtin Elfi Jantzen vertreten. Zwei weitere Kränze wurden durch den türkischen

Generalkonsul Mustafa Pulat und durch die Vorsitzenden der GEW niedergelegt. Es war für alle ein bewegender Moment.

Im Anschluss traf man sich wieder zur Preisverleihung im Festsaal des Rathauses Charlottenburg, der einen würdigen Rahmen für die Feier abgab. In Anwesenheit von Günter Piening, seit 2003 Integrationsbeauftragter des Landes Berlin und einer ganzen Reihe von Mitgliedern des Hauptvorstandes der GEW, begrüßten die Vorsitzenden die zahlreich erschienenen Gäste, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche.

Die aktuelle Bedeutung des Preises

Bürgermeister Naumann begrüßte die Gäste und stellte fest, es werde immer

wieder zu Recht beklagt, dass zu viele Menschen wegsehen, wenn andere Menschen angegriffen werden. Es fehle zu oft an Zivilcourage, einem der Grundsteine für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Der 19jährige Mete Ekşi konnte und wollte nicht wegsehen. Er wurde auf dem Adenauerplatz in eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft hineingezogen. Er zeigte in besonderer Weise Zivilcourage und musste dafür mit seinem Leben bezahlen.

Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW, schloss dort an und wies darauf hin, wie aktuell der Preis noch immer sei, gerade wenn man an die aktuelle Diskussion um die Mordserie einer terroristischen Gruppe von Neonazis und ihrer möglichen Unterstützer denke. Er betonte, wie richtig es gewesen sei, die rassistisch motivierte Tat zum Anlass zu nehmen, einen Fonds zu gründen, der positive Beispiele der Integration würdigt. Der Preis sei aktueller denn je.

Die Vorsitzende des Türkischen Elternvereins Tülay Usta erinnerte in ihrer Rede daran, dass wir in Berlin in Vielfalt – Bunt statt Braun – zusammenleben wollen, in Frieden statt in Angst und ohne Ausgrenzung. Die Verantwortung liege bei uns allen, bei jedem Einzelnen – zu Hause, in der Schule, in der Kita, auf der Straße. Dem Fremden offen zu begegnen und braunem Gedankengut keinen Platz zum Keimen zu geben. Sie drückte ihre Freude aus über das anhaltende Interesse an dem Preis und die kontinuierliche Unterstützung durch LehrerInnen, ErzieherInnen, politisch Verantwortliche und die Medien. Ganz besonders erfreut war sie über

das Interesse der engagierten Kinder und Jugendlichen und die Vielzahl der Bewerbungen.

Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats und als einziges Mitglied des Kuratoriums von Anfang an mit dabei, und Sanem Kleff, wie Erhard Laube mit verantwortlich für die Gründung, spielten sich in einem »Interview« die Bälle gegenseitig zu. Stolz sei man auf die mehr als 80 im Laufe der Jahre ausgezeichneten Einzelpersonen und Initiativen. Sie sprachen im Zusammenhang mit den Morden an den türkischen Selbständigen vom offensichtlichen Versagen der staatlichen Sicherheitsdienste, prangerten die Bagatellisierung rechter Menschenfeindlichkeit an und forderten entschiedene Aufklärung und vor allen Dingen Schutz für Menschen mit Migrationshintergrund.

Laudator Özcan Mutlu, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für Bündnis 90/Die Grünen, nahm ebenso Bezug zu den Morden und nannte das Geschehene peinlich für die Bundesrepublik. Die Rolle des Verfassungsschutzes sei genau zu überprüfen. Es sei eine Verpflichtung, eine Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern. Er stellte die Bedeutung der interkulturellen Bildung in den Mittelpunkt des zweiten Teils seiner Ausführungen und erzählte ganz persönlich von dem jungen Mete Ekşi in der Kreuzberger Nachbarschaft, damals Anfang der Neunziger.

Die Preisträger

Nach den Reden standen junge Menschen im Mittelpunkt. Den ersten 2.

Preis in Höhe von 500 Euro erhielten SchülerInnen, LehrerInnen und die Schulleiterin der Löcknitz-Grundschule im Bayerischen Viertel aus den Händen von Sanem Kleff und Erhard Laube. Die Schule wurde für ihr Projekt »Denk-mal« des 6. Jahrgangs ausgezeichnet, weil in sehr umfangreicher Form, hoch professionell und qualitativ hochwertig Erinnerungs- und Gedenkkultur klassischer Art betrieben wird – lebenswirklichkeitsnah. Alle Beteiligten gehen von ihrem Standort und ihren dort nicht mehr lebenden früheren Nachbarn aus. Das Kuratorium war beeindruckt von der Qualität der Erinnerungsarbeit.

Barbara Majd-Amin und Safer Cinar überreichten einen Scheck über ebenfalls 500 Euro an die Schulleiterin der Carl-Kraemer-Schule. Wegen einer Grippe fehlten leider die entscheidenden Personen, nämlich die Sprecherin und der Sprecher des ausgezeichneten Projekts. Dieser weitere 2. Preis würdigt das Engagement der Grundschule im Soldiner Kiez im Wedding für ihr Modell des Schülerparlaments. Das Modell des Schülerparlaments ist gut bekannt in der Schullandschaft und wird oft aus gutem Grund praktiziert, aber es ist überhaupt nicht originell. Dennoch war das Kuratorium der Meinung, dass es sich um eine Schule in einem Brennpunkt handelt, an der Partizipation und Demokratie-Lernen von klein auf beginnt. Die Jury zeichnete die Carl-Kraemer-Schule stellvertretend für alle Grundschulen aus, an denen Erziehung zur Demokratie früh einsetzt.

Aus den Händen von Barbara John und Halil Can erhielten Vertreterinnen und Vertreter des Projekts Schülerpaten



Der zweite Preis ging an das Projekt »Denk mal« der Löcknitz-Grundschule und wurde überreicht von Erhard Laube und Sanem Kleff.

FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSIFOTO.DE



Ebenfalls mit dem zweiten Preis ausgezeichnet wurde die Carl-Kraemer-Schule für ihr Modell des Schülerparlaments. Barbara Majd-Amin und Safer Cinar überreichten den Preis an die Schulleiterin.

FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSIFOTO.DE

► Berlin e.V. den ersten Preis in Höhe von 2000 Euro. Das Projekt bringt Berliner Studierende und SchülerInnen mit arabischem Hintergrund zusammen. Das Kuratorium sei davon beeindruckt gewesen, dass hier Studierende ehrenamtlich durch Übernahme von Bildungspatenschaften Integration lebendig machen mit individueller Förderung, kostenloser Nachhilfe, Unterstützung und Begleitung der Schwächsten im gesamten Bildungssystem. Es handele sich um ein gutes Modell, von dem beide etwas haben: Die Studierenden profitierten von

ihrer Erfahrung in der Arbeit mit den Jugendlichen und die arabischstämmigen »Patenkinder« erzielten einen Nutzen hinsichtlich ihrer Bildungschancen.

Zum Abschluss gab es Blumen und eine Erinnerungsmappe für jene Anwesenden aus dem türkischen Elternverein und der GEW BERLIN, die den Mete-Ekşi-Fonds vor zwanzig Jahren gegründet hatten: Barbara Majd-Amin, Barbara John, Sanem Kleff, Erhard Laube und Ali Asker Erman. Erhard Laube dankte im Namen aller und ging nochmals auf die Situation in der Stadt kurz nach der

Wende ein. Nach einem musikalischen Beitrag einer Rap-Formation, vielleicht die Gewinner des zukünftigen Preises, eröffneten die Vorsitzenden das vom Türkischen Elternverein gestiftete beeindruckende Buffet.

Bis nach 17 Uhr dauerte das Meet and Greet, und die Verantwortlichen freuten sich, dass viele der Prominenten, wie zum Beispiel der Vorjahreslaudator Fadi Saad und das GEW-Hauptvorstandsmitglied Norbert Hocke, viele Gespräche führten und lang verweilten. ■

Mythos Gymnasium auf dem Prüfstand

Gymnasialtag der Fachgruppe Gymnasium am 7. März 2012

von Michael Brüser, Fachgruppe Gymnasium

Wie bereits vor zwei Jahren erfolgreich durchgeführt, veranstaltet die Fachgruppe Gymnasium der GEW Berlin wieder Anfang März einen Gymnasialtag in der Geschäftsstelle unserer Gewerkschaft. Unter dem oben beschriebenen Motto wollen wir Experten, Praktiker und natürlich auch Ge-

werkschaftler in den Meinungsaustausch treten lassen. Dabei sind wir ein wenig stolz darauf, dass wir den deutschen »PISA-Papst«, Jürgen Baumert, für die Eröffnungsveranstaltung gewinnen konnten.

Er wird in einem Eingangsreferat unter anderem »die Rolle des Gymnasi-

ums in Zeiten der Zweigliedrigkeit« näher beleuchten und seine Thesen zur Diskussion stellen. Anschließend bekommen die Teilnehmer die Möglichkeit in zwei Runden aus fünf Arbeitsgruppen zu wählen, um sich gymnasialen Themen vertiefend zu widmen. Eine Arbeitsgruppe wird sich mit dem Übergang von der Grundschule zum Gymnasium beschäftigen, eine weitere beleuchtet das neue System der Lehrerbildung und die Rückwirkungen auf unsere Schulen. Ferner wird es eine Arbeitsgruppe zum Thema Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe geben.

Hier wird schwerpunktmäßig auf die Neuerungen innerhalb der Fünften Prüfungskomponente eingegangen. Die zunehmende Heterogenität und deren Auswirkungen an den Gymnasien werden in einer vierten AG diskutiert und in einer weiteren AG die Zunahme der zentralen Leistungstests, deren Sinn und Unsinn. Für das leibliche Wohl ist auf dieser Tagesveranstaltung gesorgt, weitere Informationen auf der Homepage der GEW und den Aushängen.

Also vormerken und möglichst bis zum 20. Februar 2012 über die GEW anmelden: Gymnasialtag am 7. März 2012 von 9.00 bis 15.30 Uhr im GEW-Haus. ■

WIR TRAUERN UM DETLEF BLANKENBURG.

Er war lange Jahre Schulleiter in Kreuzberg, zuerst in der Adolf-Glaßbrenner-Schule und später dann in der Charlotte-Salomon-Schule. Noch bevor das Recht auf die Beschulung für Kinder mit Behinderungen in der Regelschule Teil unseres Berliner Schulgesetzes wurde, hat Detlef die Mehrzahl seiner Kolleginnen und Kollegen schon für den gemeinsamen Unterricht gewinnen können.

Als viele von uns noch über das Für und Wider der integrativen Beschulung von Kindern mit Behinderung kontrovers diskutierten, hatte Detlef Blankenburg bereits Kinder, auch die mit schweren geistigen Behinderungen, in seiner Schule aufgenommen. Eine Schule sollte für alle Kinder offen sein. Das lag ihm besonders am Herzen, war seine feste Überzeugung. Als Schulleiterkollege war er für uns über lange Jahre ein wertvoller Freund und hoch geschätzter Ratgeber. Mit seinem Mut und seiner Offenheit prägte er die Kreuzberger Schullandschaft. Es brauchte keine neuen Wortschöpfungen wie Inklusion, Diversity oder Umgang mit Heterogenität. Er leitete und gestaltete einfach eine Schule für alle Kinder an jedem Tag bis zu seiner Pensionierung. Als Schulleiter hat er wertvolle Grundsteine für inklusive Grundschulen in Berlin gelegt. Am 19. Dezember 2011 nach kurzer schwerer Krankheit verstarb Detlef Blankenburg.

Inge Hirschmann

Attraktivität des Lehrerberufs in Berlin erhöhen

Bessere Bedingungen für angestellte Lehrkräfte

von Hartmut Schurig, Doreen Siebernik und Holger Dehring, Geschäftsführender Landesvorstand

Die Entscheidung des Berliner Senats LehrerInnen nicht mehr zu verbeamteten führt auch innerhalb unserer Gewerkschaft zu heftigen Diskussionen. Insbesondere neu eingestellte Lehrkräfte üben starke Kritik am Beschluss der Landesdelegiertenversammlung (LDV).

Diese hat im Herbst 2011 beschlossen, dass die GEW BERLIN im Falle der weiteren Nichtverbeamtung von Lehrkräften die Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen angestellter Lehrkräfte als Arbeitsschwerpunkt setzt, sich aber nicht aktiv für eine Wiedereinführung der Verbeamtung einsetzt.

Das war der Hintergrund der Veranstaltung für angestellte Lehrkräfte am 10. Januar 2012.

Es war abzusehen, dass hier sehr unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen. Auf der einen Seite ist der Wunsch nach einer Verbeamtung und damit einer Gleichsetzung mit den vorhandenen Lehrkräften sehr verständlich. Ebenso deutlich ist jedoch auch, dass die GEW als Tarifgewerkschaft ein nachhaltiges Interesse am tariffähigen ArbeitnehmerInnen-Status haben muss, insbesondere dann, wenn der Senat eine Rückkehr zur Verbeamtung ausschließt. So trafen in der fast vierstündigen Debatte die Meinungen auch recht emotional und teilweise scheinbar unversöhnlich aufeinander.

Verbindend war jedoch die Kritik an der vorhandenen Schlechterstellung der angestellten Lehrkräfte gegenüber den verbeamteten. Wie schwierig eine schnelle Lösung ist, zeigt sich aber an folgendem Beispiel: Obwohl der Berliner Senat nicht mehr verbeamtet, werden Lehrkräfte aus anderen Bundesländern im Beamtenstatus übernommen. Diese Ungleichbehandlung wurde von allen Anwesenden heftig kritisiert. Auch einhellig war die Meinung, dass die GEW diese Ungerechtigkeit öffentlich anprangern soll. Wie man aber konkret dagegen vorgehen soll, blieb offen.

Im Laufe der Veranstaltung gelang es, sich intensiver mit Möglichkeiten der Verbesserung der Arbeits- und Einkommenssituation für angestellte Lehrkräfte zu befassen. Als Fazit wurden Überlegungen unterstützt, mit denen die vorhandenen Nachteile ausgeglichen werden können.

Aufgabe der Tarifkommission wird es nun sein, diese Überlegungen als Forderungen an den Berliner Senat zu formulieren und eine Durchsetzungsstrategie zu entwickeln. Ob es gelingt, mit dem

Berliner Senat Verhandlungen aufzunehmen, wird auch davon abhängig sein, in welcher Weise diese Forderungen von den neu eingestellten Lehrkräften unterstützt werden. Ein Abwarten oder auf eine eventuelle Wiedereinführung der Verbeamtung zu hoffen, ist nicht hilfreich. JedeR muss sich nun entscheiden.

Die GEW wird alle Möglichkeiten nutzen, um den Senat zu erfolgreichen Verhandlungen zu bringen. Eine Auseinandersetzung dazu ist auch über einen Arbeitskampf möglich. ■

Praxisreflexionsgruppe für PädagogInnen

Eine Kooperationsveranstaltung der GEW BERLIN mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

von Claudia de Coster, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Sie sind in der Schule als LehrerIn, ReferendarIn, ErzieherIn, externe SozialpädagogIn tätig und frustriert von der Schwerfälligkeit der Strukturen? Sie sehen als junge KollegIn an der Schule kaum Möglichkeiten für frischen, kritischen und innovativen Wind? Sie suchen nach neuen Handlungsmöglichkeiten, um mit der heterogenen Schülerschaft zu Recht zu kommen? Oder sind Sie PädagogIn aus Leidenschaft und möchten gemeinsam mit anderen KollegInnen Ihre Ideale und Visionen umsetzen und Schule langfristig verändern? Dann ist dieses Angebot vielleicht eine Möglichkeit, aus der alltäglichen Getriebenheit zur Souveränität im Handeln zurückzufinden.

Die Idee: In einer überschaubaren Gruppe haben Sie die Möglichkeit, sich kollegial über ihre Perspektiven, Ideale, Rückschläge, Wünsche und Grundsätze auszutauschen. Ziel ist es, Handlungsoptionen zu erarbeiten, und diese mit

der Unterstützung der Gruppe auch umzusetzen. Sie werden dabei von erfahrenen und schulvertrauten BeraterInnen begleitet. Rhythmus und konkrete Inhalte der Reflexionsrunden bestimmt die Gruppe selbst. Interessiert? Dann freuen wir uns darauf, Sie kennenzulernen und uns gemeinsam mit Ihnen darüber auszutauschen, wie Veränderungsprozesse an Schulen gestaltet werden können. Mit Jetti Hahn (Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, Schulprozessbegleiterin, Moderatorin und Fortbildnerin (Anti-Bias und Betzavta), Toan Nguyen (Dipl.-Pädagoge, pol. Bildner, (Schul-) Prozessbegleiter/Coach). ■

Informationsveranstaltung am 28. Februar 2012 von 18 bis 19 Uhr. Im Anschluss an die Veranstaltung besteht die Gelegenheit zum informellen Austausch bei Getränken und einem kleinen Imbiss. Ort: GEW Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin-Schöneberg. Anmeldung unter: Claudia de Coster, deCoster@rosalux.de, Tel: 030 44310 141

Einkommensgerechtigkeit und Entlastung auf dem Wunschzettel ganz oben

Zur Aktion »Adventskalender« der GEW BERLIN vor der Senatsbildungsverwaltung

von Hartmut Schurig und Sigrid Baumgardt, Vorsitzende der GEW BERLIN

Weihnachtskalender sind noch gar nicht so alt, wie man meinen mag. Bei Wikipedia ist zu erfahren, dass der erste selbstgebastelte Adventskalender aus dem Jahre 1851 stammt. Der Adventskalender soll, ähnlich wie der Adventskranz, die Wartezeit bis zum Weihnachtsfest verkürzen und die Vorfreude steigern. Beim Berliner GEW-Adventskalender überwogen der informierende und der künstlerische Aspekt.

Die neue Bildungssenatorin hatte in den ersten Dezemberwochen die schwere Aufgabe, sich in ein riesiges Arbeitsgebiet einzuarbeiten. Dazu gab es sicherlich etliche Aktenmeter zu bewältigen und endlose Fachgespräche mit den ExpertInnen im Hause. Unser Adventskalender sollte für die Senatorin eine zusätzliche Informationsquelle sein: Informationen von den KollegInnen »an der Basis« über die praktischen Bedingungen der Bildungsarbeit in den Einrichtungen. Situationen und Zustände an den Schulen, Wünsche und Forderungen wurden unmittelbar und ungeschönt, mal sachlich mal karikierend dargestellt.



Die Weihnachtswünsche wurden noch nicht erfüllt.

FOTO: SCHURIG

Und was wünschen sich die KollegInnen?

Arbeitsbedingungen und Arbeitseinkommen im Vergleich von Angestellten und Beamten gerecht ausgleichen! Sonst gilt für unsere Lehramtsabsolventen »Ich bin dann mal weg«. Klar ist: Um den Personalbedarf in den kommenden Jahren decken zu können, müssen die Bedingungen für LehrerInnen und ErzieherInnen attraktiver werden.

Ein anderes Kalenderblatt: Kein Betrug bei den Arbeitszeitkonten! Sie sind eine Kompensation für die Arbeitszeiterhöhung, die für Lehrkräfte nicht zurückgenommen wurde. Den 5. Dezember zierte der löchrige Käse der Personalausstattung. Die Löcher werden von den Folgen

hoher Arbeitsbelastung gebildet: Burn out, Zweckentfremdung von Integrations- und Sprachförderstunden, jede Menge Verwaltungsarbeit (BuT zum Beispiel). 100 Prozent Personalausstattung – ein Selbstbetrug der Senatsverwaltung. Eine Vertretungsreserve muss vor Ort verfügbar sein! PKB löst das Problem nicht!

An einem Folgetag stellten die KollegInnen fest: Auch der Nachmittag gehört zum Schultag. Bessere Bedingungen für den Ganzttag müssen her. Auch dazu gehört eine Vertretungsreserve.

Am 12. Dezember in ganz dicken Lettern: *Altersermäßigung*. Und schließlich und ganz wesentlich: Kein Rückzug des Staates aus der Bildung! Dem Vernehmen nach soll sich die Senatorin regel-

mäßig informiert haben über die Botschaften auf den Plakaten vor ihren Bürofenstern. Ist auch vieles schon bekannt und war Inhalt öffentlicher Debatten, so haben die Kollegien die Chance doch genutzt, um ihre Anliegen noch einmal öffentlich darzustellen. Wer sich über die Aktion informieren möchte, findet eine Bilddokumentation auf www.gew-berlin.de/22970.htm.

Die GEW lässt aber nicht locker: Die AG Arbeitsentlastung arbeitet an weiteren kleinen Aktionen. Kleine Nadelstiche sind zwar manchem zu wenig, aber sie sind nötig, um Schritt für Schritt den Druck zu erhöhen mit immer mehr Kolleginnen und Kollegen, die sich, so hoffen wir, an unseren Aktionen beteiligen. ■

Die Extremismusdebatte

Zur Broschüre »Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern«

von Philipp Mattern, Jugendverbandssekretär Landesjugendwerk der AWO Berlin

Mit der »Extremismusdebatte« wird mein Kampf um die Definition gesellschaftlicher Grundwerte geführt. Ihre Initiatoren versuchen verstärkt, pädagogisches Personal für ihre Zwecke einzuspannen. Die Handreichungen für Lehrkräfte sind politisch höchst fragwürdig und entsprechen nicht den Standards politischer Bildung. Hauptgegner der selbst ernannten Extremismusexperten sind keine linken Splittergruppen, sondern das gesamte gesellschaftliche Lager links der derzeitigen Regierung. Dieser Eindruck drängt sich auf, betrachtet man eine neue Veröffentlichung der Zeitbild-Stiftung. Gefördert von der umstrittenen Familienministerin Kristina Schröder, ergänzt durch Materialien für den Politikunterricht und verbunden mit dem Aufruf, an einem Jugendwettbewerb gegen Linksextremismus teilzunehmen. Brennende Autos sind hier nur Kulisse. Im Kern geht es nicht um politisch motivierte Gewalt und eine vermeintliche Gefährdung der Demokratie, sondern um die Denunziation fortschrittlicher und an sozialer Gerechtigkeit orientierter Wertordnungen.

Die Broschüre mit dem kämpferischen Titel »Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern« beginnt mit einer Skizze verschiedener Formen vermeintlichen Extremismus. Der knappe Text wird von noch knapperen, aber plakativen Zitaten einer Umfrage flankiert, die die Relevanz des »linken Extremismus« erfährt man, dass 32 Prozent der Befragten die Auffassung teilen, dass »durch radikale Umverteilung soziale Unterschiede beseitigt werden müssen«; 39 Prozent sind der Meinung, dass »nur ein Zusammenschluss aller Unterdrückten dieser Welt zu einer besseren Gesellschaft

führt«. Der Beweis für eine akute Gefährdung der Demokratie? Wer hier schon stutzig wird, muss sich für die weitere Lektüre warm anziehen.

Tendenziöse Bildgestaltung

Einen »Blick in die Geschichte« des Linksextremismus verspricht Seite 9. Vier Abbildungen am linken Rand dominieren die Seite: ein Anarchiezeichen, ein roter Stern, ein sowjetisches Plakat und außerdem: ein Porträt von Ferdinand Lassalle. Die Strömung des »Sozialismus« – für die Lassalle hier steht – sei zwar nicht von vornherein extremistisch, erfährt man aus dem Kleingedruckten. »Sie ist aber verdammt nah dran!«, lautet die Aussage des Subtextes, erzeugt durch geschickte Bild- und Layout-Techniken. Ein »Blick« auf die Seite genügt, um zu erkennen, was zusammengehört. Bilder sagen mehr als Worte. Und das sollen sie auch.

Dieser Bildpolitik bedient sich die Broschüre an vielen Stellen. Ohne Erörterung im Text eröffnet eine knapp viertelseitige Grafik die Seite 13. »Zustimmung wächst wieder«, so die Überschrift.

»Haben Sie von der Marktwirtschaft in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?«, war die Frage einer Erhebung, deren Ergebnisse der letzten Jahre mittels Kurven dargestellt sind. Eigentlich völlig ohne Aussage, wären da nicht die anderen Abbildungen, wie die 20-Pfennig-Briefmarke aus der DDR. Motto: »25 Jahre antifaschistischer Schutzwall«. So wird ein Schuh draus: Marktwirtschaft oder Mauer. Ergänzt durch das dritte Motiv, ein Logo der »Antifaschistischen Aktion«. Antifa und Schutzwall, da war doch was – alles Zufall? Wohl kaum – wer professionell eine Broschüre gestaltet, weiß um die Macht der Bilder. Die Abbildungen sind nicht bloße Illustration des Textes. Sie erzeugen eigene Aussagen. Ihre Gesamtkompilation weckt Assoziationen und erzeugt eine jeweilige Nähe oder Ferne des Abgebildeten.

Unseriöse Recherche

Ähnlich verhält es sich mit den Begriffen. Allen voran der des Sozialismus. Als vom »Linksextremismus« angestrebte



FOTO: PRIVAT

ANZEIGE

Neu im Repertoire

Frau Müller muss weg

Komödie über einen Elternabend
von Lutz Hübner, Regie: Sönke Wortmann

für Erwachsene
24. und 25. Februar jeweils 19.30 Uhr

GRIPS Hansaplatz
Altonaer Straße 22 | 10557 Berlin
U9 Hansaplatz | S Bellevue

Kasse 030 - 39 74 74 - 77



www.grips-theater.de

► gesellschaftliche Ordnung wird er als Gegenstück zur Demokratie inszeniert. Zu letzterer bekennen sich die Herausgeber – jedoch in einer rein liberalen Auffassung. Ein in breiten Teilen der Gesellschaft verankertes Verständnis von sozialer Demokratie wird unterschlagen. Ist der Sozialismus und alles, was mit ihm assoziiert wird, gebrandmarkt, kann die Hexenjagd beginnen. Ihr fällt auch die Zeitung *Neues Deutschland (ND)* zum Opfer. Sie wird als eines von fünf »linksextremistischen Medien« angeführt. Möglicherweise war es die Selbstbezeichnung als »Sozialistische Tageszeitung« und ihre ostdeutsche Herkunft, die dem *ND* die Aufmerksamkeit der Extremistenjäger bescherte. Die Medienschau ist noch in anderer Hinsicht beachtenswert. Die Periodika werden in Print- und Onlinemedien unterteilt. Zu Letzteren zählen die Zeitungen *junge Welt* und *Jungle World*. Das ist schlichtweg falsch. Seriöse Recherche sieht anders aus! Und es zeigt vor allem eins: Die Herausgeber haben kein fundiertes Sachwissen über ihren Gegenstand, den »linken Extremismus«. Aber das brauchen sie auch nicht: Es geht nicht um Aufklärung, sondern um Stimmungsmache.

Bescheidener Meinungskorridor

Die macht auch nicht Halt vor den angehängten Unterrichtsmaterialien für den Politikunterricht. Sie kommen seriös daher: Versehen mit »didaktischen Empfehlungen für Lehrkräfte« und Hinweisen zur Lehrplananbindung und Verwendung in verschiedenen Unterrichtsfächern, sollen sie PädagogInnen schmackhaft gemacht werden. Fast durchweg tendenziös und suggestiv gestaltet, sprechen sie jedoch mitunter unverhohlen parteipolitischen Präferenzen das Wort.

»Wie demokratisch ist Deutschland?«, fragt Arbeitsblatt 4. Fundamentale Aussagen zu Fragen der Demokratie sollen verschiedenen Parteien zugeordnet werden. Merkwürdig, dass in der Liste zwei von fünf Bundestagsparteien fehlen: SPD und LINKE. Für Frage 2 sind sie von vornherein disqualifiziert: »Stimmt ihr den jeweiligen Aussagen zu?«

Der Meinungskorridor ist auch auf der folgenden Seite bescheiden. Die Aufgabe zu einer knappen Abhandlung zum Thema Antifaschismus: »Belegt anhand der Texte die These, wonach nicht jeder Antifaschist ein Demokrat sein muss.«

Die Aufgabe gilt als erfüllt, wenn die fremde Behauptung zustimmend »belegt« wurde.

Was ist gerecht?

Eigenwillig auch die Auswahl auf Arbeitsblatt 7. Die sechs zitierten Grundgesetzartikel betreffen allesamt liberal interpretierbare, negative Freiheitsrechte, wie den Schutz des Eigentums. Allerdings ist nur Absatz 1 des Artikels 14 genannt; in Absatz 2 steht schließlich, dass Eigentum dem Wohle der Allgemeinheit verpflichtet ist. Vom Sozialstaatsgebot ganz zu schweigen.

Auf dem letzten Arbeitsblatt geht es um die Einkommens- und Steuerverteilung. Oder vielmehr um den hehren Begriff der Gerechtigkeit. Das reichste Zehntel verfügt über 61 Prozent der Einkommen und zahlt knapp 52 Prozent der Steuern. Wie die Frage wohl lautet? »Diskutiert in der Gruppe, ob es gerecht ist, dass ein Zehntel der Bevölkerung über 50 Prozent des Steueraufkommens leistet.« Wie hätte man es schöner formulieren können? Aufgabe 2 derselben Seite stellt die »linksextremistische Forderung« in den Raum, wonach soziale Unterschiede durch radikale Umverteilung beseitigt werden müssen. Demgegenüber stehen gleich zwei Thesen, denen etwa dreimal soviel Platz eingeräumt wird. Zum einen die Allerweltsphrase, wonach Veränderung keine Revolution voraussetze und zum anderen ein Zitat des neoliberalen Vordenkers Ludwig von Mises, der Ungleichheit aus der Natur des Menschen zu legitimieren versucht. Die Klasse soll sich in zwei Teams aufteilen und je eine der beiden Aussagen in einer Podiumsdiskussion vertreten. »Wer hat die besseren Argumente?«, lautet die leitende Frage. Wer wohl gewinnt, wenn die eine Position schon durch die Form der Darstellung als widerlegt erscheint?

Verstoß gegen Überwältigungsverbot

Das ist ein klarer Verstoß gegen das Überwältigungsverbot des »Beutelsbacher Konsens«, einem 1976 aufgestellten Grundkodex politischer Bildung: Demzufolge dürfen im Politikunterricht keine vorgegebenen Positionen die eigene Meinungsbildung behindern. Ein weiteres der insgesamt drei Grundprinzipien des Konsenses betrifft das Gebot

der Kontroversität: Was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, muss auch in der Bildungsarbeit kontrovers dargestellt werden. Auch hier entspricht die Broschüre nicht den Standards politischer Bildung.

Zweifelhafter Experte

Für das Publikationswesen gelten ähnliche Maßstäbe wie für die politische Bildung. Die Broschüre wurde jedoch nicht von einer unabhängigen Redaktion erstellt, die kontrovers verschiedene Standpunkte darstellt. Zwei Personen werden im Impressum genannt. Einer ist Eckhard Jesse, ein höchst umstrittener Professor und maßgeblicher Initiator der neuen Extremismusdebatte. Er lässt sich gerne selbst zu Wort kommen: Mehrere Male wird er samt Foto und der Bezeichnung »Extremismusexperte« zitiert; zwei der drei am Ende des Heftes empfohlenen Titel stammen von ihm. Diese Publikationspraxis ist beschämend. Umso mehr, wenn sie durch Gelder eines Bundesministeriums finanziert wird.

Rundumschlag gegen linke Ideen

Die Broschüre ist keine Ausnahme, sondern spricht im Tenor der neuen Extremismusdebatte. Sie wird befeuert nicht von einer »Mitte«, die gegen links ausholt, sondern vom rechten Rand eines an konservativen und wirtschaftsliberalen Vorstellungen orientierten Lagers, dem es unter Bedingungen derzeitiger Regierungskoalitionen gelang, einige ihrer Vorsprecher in einflussreiche Positionen zu hieven. Skandalös ist nicht allein die Gleichsetzung von links und rechts. Der Kampfbegriff des »Linksextremismus« dient vielmehr als Vehikel für einen Rundumschlag gegen aus der Tradition der Arbeiterbewegung erwachsene Grundwerte – und damit auch gegen Ideen gewerkschaftlicher Organisation.

Eine angemessene Reaktion kann nur sein, diese Werte in der ihnen gebührenden Breite der Gesellschaft zu verankern, statt sich auf sinnlose und gefährliche Abgrenzungen nach links einzulassen. Um diesem Anliegen gerecht zu werden, luden mehrere Jugendverbände im Dezember zu einer ersten und gut besuchten Kooperationsveranstaltung ein. Unter ihnen die junge GEW sowie weitere Gewerkschaftsjugendgen. ■

Ohne Medienführerschein

Interview mit dem Marburger Medienwissenschaftler Gerd Hallenberger

Das Gespräch führte Tilmann P. Gangloff



Gerd Hallenberger

FOTO: LPR HESSEN

Macht der Konsum gewalthaltiger medialer Darstellungen jugendliche Nutzer gewalttätig?

GERD HALLENBERGER: Die Antwort ist gar nicht so einfach. Es kursieren nach wie vor verschiedene Vermutungen, wie sich Gewaltdarstellungen auswirken. Im Grunde lässt sich nur eins mit Sicherheit sagen: Leben Jugendliche in einem gewalttätigen Umfeld, haben Gewaltdarstellungen eine verstärkende Wirkung. Sie erzeugen keine Gewalt, stabilisieren aber entsprechende Haltungen. Erlebte Gewalt ist als Auslöser für eigene Gewalttätigkeit jedoch ungleich wichtiger als medial erlebte Gewalt.

Lange Zeit hat sich die Wirkungsforschung am »Stimulus/Response«-Modell orientiert, einem schlichten Prinzip von Ursache und Wirkung. Warum ist die Wirklichkeit komplexer?

HALLENBERGER: Medienangebote wirken nicht wie Medikamente. Man kann nicht von einem bestimmten Input auf einen konkreten Output schließen. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, beim Fernsehen lasse man sich berieseln, ist Medien-

konsum in der Regel eine äußerst aktive Tätigkeit. Man muss zum Beispiel eine kognitive Leistung vollbringen, damit aus dem Flimmern und Rauschen Bilder und Töne werden. Jeder, der ein Medium nutzt, stellt aus dem Angebot etwas her, das für ihn einen Sinn ergibt.

Und dieser Sinn ist von Nutzer zu Nutzer unterschiedlich?

HALLENBERGER: Genau, und deshalb kommt Wissenschaft ins Schleudern: Zwei Menschen mögen zwar den gleichen Film sehen, nehmen jedoch nicht dasselbe wahr. Kommunikationswissenschaft ist ja daran interessiert, massenhaften Medienwirkungsphänomen auf die Spur zu kommen, aber streng genommen müsste man jeden Einzelfall untersuchen: Wer schaut was in welcher Situation und mit welchem Ziel? Deshalb lässt sich Medienkonsum nur schwer aggregieren, also auf große Zahlen bringen.

Mit solchen Zahlen operieren aber gerade Politiker immer wieder gern; vor allem im Bereich des Jugendschutzes.

HALLENBERGER: Natürlich ist es unbefriedigend, wenn die Wissenschaft in dieser Hinsicht Antworten schuldig bleibt. Infolgedessen wird in der Öffentlichkeit vorzugsweise mit eher schlichten Erkenntnissen hantiert. Von Medienwirkung kann man ohnehin eher im metaphorischen Sinn sprechen.

Wundert es Sie, dass der Jugendschutz eher als Metapher wahrgenommen wird?

HALLENBERGER: Und trotzdem brauchen wir ihn. Allerdings kann er nur ein Baustein innerhalb eines Ensembles sein. Ebenso wichtig ist eine systematische Entwicklung und Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen. Und das heißt nicht, dass sie einen Computer bedienen können und wissen, wie man sich im Internet vor Viren schützt. Viel wichtiger ist das Wissen, wie man sinnvoll mit Medienangeboten umgeht.

Medienkompetenz ist vor allem kulturelle Kompetenz.

Welche Rolle spielen dabei die Eltern?

HALLENBERGER: Eine Schlüsselrolle. So lange es den Eltern vollkommen egal ist, welche Medienangebote ihre Kinder konsumieren, ist auch der beste Jugendmedienschutz auf verlorenem Posten. Was nutzt zum Beispiel eine Sendezeitbeschränkung, wenn Eltern zulassen, dass ihre kleinen Kinder noch nach 23 Uhr vor dem Fernseher sitzen?

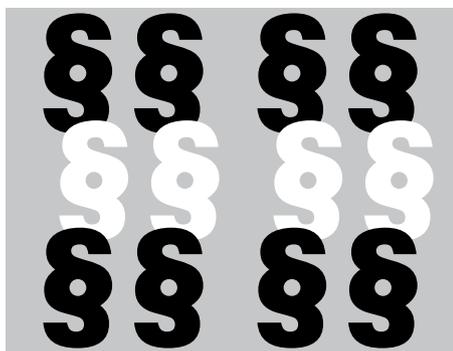
Sollten Eltern einen Medienführerschein machen?

HALLENBERGER: Es gibt schon genug Bereiche in unserer Gesellschaft, für die man eine Lizenz braucht. Wichtiger wäre es, dass systematischer als bisher versucht wird, Eltern klar zu machen, wie wichtig sie als Vorbild für ihre Kinder sind. Wenn das, was man vorlebt, nicht den Regeln entspricht, die man selbst aufgestellt hat, wirken diese Regeln ziemlich unglaubwürdig.

Selbst ernannte Jugendschützer empören sich immer wieder über »Baller« oder »Killerspiele«. Deutet die Begeisterung für solche Spiele auf ein grundsätzliches Problem hin?

HALLENBERGER: Diese Spiele werden in einem hohen Maß von Jugendlichen mit schlechter schulischer Ausbildung gespielt. Sie haben zwar offenbar ein hohes Maß an Leistungsethos verinnerlicht, sehen für sich aber keine Chance, jemals eine entsprechende Leistung zu erbringen. Die Spiele bieten ihnen die Möglichkeit, Leistung zumindest symbolisch zu erbringen, zumal es ja auch Belohnungen gibt. Natürlich weiß jeder Teilnehmer, dass es sich nur um ein Spiel handelt. Aber die Handlungen werden symbolisch ungleich stärker aufgeladen, wenn es um existenzielle Dinge wie Leben und Tod geht. ■

Aus: »M« - Menschen Machen Medien Nr. 11/2011, Mitgliedszeitschrift von ver.di



BRANDENBURGER UND BERLINER VERDIENEN MEHR

Wie das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mitteilt, hat sich der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst einschließlich Sonderzahlungen in Berlin im zweiten Quartal 2011 gegenüber Vorjahr nominal um 3,5 Prozent erhöht. Im Zeitraum von Juni 2010 bis Juni 2011 stiegen die Verbraucherpreise in Berlin um 2,5 Prozent, was einen Reallohnanstieg von 1,0 Prozent bedeutet. Im Durchschnitt erhielten die Arbeitnehmer (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt) in Berlin einschließlich Sonderzahlungen im zweiten Quartal 2011 monatlich 2 892 Euro. Die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer kommen auf monatlich 3 601 Euro - das sind 3,8 Prozent mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die höchsten Gehälter erzielten Beschäftigte im Wirtschaftsbe-
reich der Versicherungsdienstleistungen. Dort beträgt der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst 5.551 Euro. Am wenigsten verdienten die Arbeitnehmer im Gastgewerbe. Hier beträgt der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst lediglich 2.065 Euro.

NC DER BERLINER HOCHSCHULEN RECHTSWIDRIG?

Bei der nächsten Zulassungsrunde zum Sommersemester 2012 stehen die Berliner Hochschulen vor einem Riesenproblem. Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat kurz vor Weihnachten den Numerus clausus (NC) im Bachelorstudiengang Psychologie der Humboldt-Universität gekippt. Der Grund: Die Zulassungsbeschränkung ist ohne eine ausreichende rechtliche Grundlage erfolgt. Für die Festsetzung der Aufnah-

mekapazität muss unter anderem der Ausbildungsaufwand in Form des sogenannten Curriculurnormwertes (CN-Wert) ermittelt werden. Das muss durch eine von der Senatsverwaltung erlassene Rechtsverordnung erfolgen, da Zulassungsbeschränkungen nur dann verfassungsgemäß sind, wenn es dafür eine rechtliche Grundlage gibt. Mit der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge hat Berlin es offenbar flächendeckend versäumt, neue Rechtsverordnungen für die CN-Werte zu erlassen. Jetzt besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn es der Senatswissenschaftsverwaltung bis zum Wintersemester nicht gelingen sollte, neue Verordnungen zu erlassen, droht eine Klagewelle mit unabsehbaren Folgen für die Hochschulen. (Beschluss vom 20.12.2011 - VerFGH 28/11)

M. Jähne

ZUSATZVERSORGUNG: MUTTERSCHUTZ- ZEITEN WERDEN ANGERECHNET

Die Zusatzversorgung der VBL ergänzt die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten im öffentlichen Dienst. Für die Höhe und Versicherungsdauer der Zusatzrente fließen in der Vergangenheit nur Arbeits- und Krankheitszeiten, aber keine Mutterschutzzeiten in die Berechnungen ein. Nach einem mit GEW-Rechtsschutz erstrittenen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verstößt diese Praxis gegen das Verbot der geschlechtsbezogenen Diskriminierung aus Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes. Mutterschutzzeiten müssen also zukünftig so gewertet werden wie volle Beschäftigungszeiten und werden damit Krankheitszeiten gleichgestellt.

BENACHTEILIGUNG EINES BETRIEBSRATSMITGLIEDS MUSS BEWIESEN WERDEN

Ein Betriebsratsmitglied kann grundsätzlich die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis verlangen, wenn sein Arbeitgeber anderen befristet Beschäftigten ein derartiges Übernahmeangebot unterbreitet. Andernfalls könnte eine verbotene Benachteiligung vorlie-

DIE GEW-BERLIN BRAUCHT EINE SAMBA-GRUPPE



Interesse? samba@gew-berlin.de

gen. So hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin entschieden. Im konkreten Fall konnte die Benachteiligung letztlich aber nicht bewiesen werden, weil der Arbeitgeber andere Betriebsratsmitglieder übernommen hatte. Gebe es keine »weiteren Umstände«, die auf eine verbotene Schlechterstellung des übergangenen Betriebsratsmitglieds hindeuten, so habe er keinen Anspruch auf einen unbefristeten Arbeitsplatz, begründeten die Richter am LAG Berlin-Brandenburg. (AktENZEICHEN 13 Sa 1549/11 (vn 16))

AKTENEINSICHT MIT BEGRÜNDUNG

Arbeitnehmer haben das Recht, ihre Personalakte einzusehen, ohne dafür einen Grund angeben zu müssen. Sind sie allerdings aus dem Unternehmen ausgeschieden, so darf der Arbeitgeber zwar auch nicht das Einsichtsrecht verweigern, kann aber verlangen, dass der ehemalige Beschäftigte einen Grund für seinen Wunsch angibt, entschied das Bundesarbeitsgericht.

AktENZEICHEN: 9 AZR 593/09 (vn 16)

ABSETZBARKEIT DER KOSTEN FÜR KINDERBETREUUNG

Ab 2012 können alle Eltern Betreuungskosten für jedes Kind bis zum 14. Lebensjahr als Sonderausgaben steuermindernd geltend machen. Damit entfallen die bisherige Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen und die Unterscheidung von erwerbs- und nicht erwerbsbedingten Betreuungskosten. Zukünftig können Eltern zwei Drittel der

jährlichen Kosten, maximal aber 4.000 Euro, als Sonderausgabe geltend machen. Die Regelung gilt für Kinder mit Behinderung zeitlich unbeschränkt.

SCHULSTRESS: JEDER 5. LEHRER DENKT AN FRÜHPENSIONIERUNG

Nach einer neuen DAK-Studie glaubt fast jeder fünfte Lehrer, dass er aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit vorzeitig in den Ruhestand gehen muss. Das zeigt eine aktuelle Befragung von 1.300 Lehrkräften zwischen 24 und 65 Jahren, die die Leuphana Universität Lüneburg im Auftrag der Krankenkasse an 29 Schulen in sieben Bundesländern durchgeführt hat. In der Studie kommen 16 Prozent der Lehrer zu der Einschätzung, dass ihre Kraft und Gesundheit nicht ausreichen wird, um den Beruf bis zum Pensionsalter ausüben zu können. Weitere 44 Prozent sind sich nicht sicher, ob sie so lange arbeiten können. Nur 41 Prozent der Befragten glauben, dass ihr Gesundheitszustand ausreichen wird. Lehrerinnen schätzen die Aussichten, bis zur Pensionierung arbeiten zu können, deutlich kritischer ein als ihre männlichen Kollegen.

ILLEGAL INGEREISTE KINDER MÜSSEN NICHT GEMELDET WERDEN

Was in Berlin schon seit dem Schreiben der Senatsbildungsverwaltung vom 12. November 2009 geregelt ist, ist nun auch auf Bundesebene gültig: Das Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex ist am 26. November 2011 in Kraft getreten. Es hebt die aufenthaltsrechtliche Übermittlungspflicht für Schulen sowie Bildungs- und Erziehungseinrichtungen auf.

HARTZ IV: FÜR WENIGER ALS DAS MINIMUM MUSS MAN NICHT ARBEITEN

Eine Hartz IV-Bezieherin muss keine »Arbeitsgelegenheit mit Entgeltvariante« annehmen, wenn die Vergütung als

sittenwidrig einzustufen ist. Eine Sittenwidrigkeit liege (unter anderem) dann vor, so das Sozialgericht Berlin, wenn trotz Vollzeittätigkeit der Bruttolohn unterhalb der Grundsicherung liegt. Im konkreten Fall sollte eine Frau eine 38,5-Stunden-Vollzeitbeschäftigung – vom Jobcenter vermittelt – annehmen, für die sie rund 900 Euro brutto erhalten hätte. Sie weigerte sich, weil das weniger als der Regelsatz gewesen wäre (wenn die Kosten für Unterkunft hinzukommen und Steuern, Krankenversicherung und Rentenversicherung abgezogen werden). Die Frau habe zu Recht das Angebot des Jobcenters abgelehnt, weil es »deutlich zu niedrig bemessen war«.

Aktenzeichen: S 55 AS 24521/11 ER (vn 17)

KINDERGELD UND KINDERFREIBETRAG

Wer Anspruch auf Kindergeld hat, musste bisher genau rechnen. Volljährige Kinder durften bisher nur 8.004 Euro im Jahr verdienen, wenn sie den Kindergeldanspruch nicht verlieren wollten. Ab dem 1. Februar 2012 gilt: Volljährige Kinder, die in Ausbildung sind, können dazuverdienen, soviel sie wollen – der Kindergeldanspruch bleibt. Aber: Nach wie vor gilt der Anspruch auf Kindergeld und Kinderfreibetrag nur für Kinder und junge Erwachsene unter 25 Jahren in einer Erstausbildung. Er entfällt, wenn sich der junge Erwachsene in einer weiteren Ausbildung befindet und in einer Nebentätigkeit mehr als 20 Stunden pro Woche arbeitet.

FRAUEN BEKOMMEN 60 PROZENT WENIGER RENTE

Die durchschnittliche Altersrente eines Mannes liegt in Deutschland bei rund 1.500 Euro. Eine Frau hingegen hat im Durchschnitt nur 645 Euro – das sind 59,6 Prozent weniger. Diese Lücke im Vergleich von Männer- und Frauenrenten hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berechnet. In diese Berechnung fließen alle bisherigen Erwerbsverläufe ein, die zu eigenen Rentenansprüchen geführt haben. Nicht berücksichtigt werden abgeleitete Ansprüche und andere Einkünfte. Der Wert basiert auf Zahlen aus dem Jahr 2007.



Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30,-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek. II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Bestellschein: siehe Seite 29



DIREKTE DEMOKRATIE AM FALL »PRO RELI«?

Im Berliner Wissenschafts-Verlag erschien das Buch von Dr. Otmar Jung »Direkte Demokratie in Berlin. Der Fall »Pro Reli« 2007 – 2009« (ISBN 978-3-8305-3010-7), das sich mit dem Volksentscheid befasst.

In drei Abschnitten werden die Besonderheiten des »Berliner Modells« des Religionsunterrichtes erörtert und die mittlerweile erleichterten Möglichkeiten von Bürgerbegehren, Volksbegehren und Volksentscheid mit den bisherigen Entscheidungen beschrieben. Dann wird die Entstehung des Vereins »Pro Reli« und die Rolle seines Promoters Christoph Lehmann und die Rolle der Amtskirchen behandelt. Bemerkenswert sind auch Vergleiche mit der Gesetzgebung anderer Bundesländer und der Versuch, den Kostenaufwand der Kampagnen mit der Aktivwählerzahl in Bezug zu bringen. Das alles spricht durchaus für diese Untersuchung.

Dennoch entsteht ein schaler Nachgeschmack, der sich zum einen auf die notwendige wissenschaftliche Objektivität und zum anderen auf die Analysemethoden bezieht. Zeitungsmeldungen wird eine zu große Bedeutung eingeräumt. Die vielen Verstöße gegen die Wahrheitspflicht – vor allem bei der

Springerpresse und der FAZ – bleiben weitgehend unerwähnt. Versäumt hat es Jung auch, mit Befürwortern und Gegnern persönlich Interviews zu führen, sowie Pressemitteilungen kritisch zu durchleuchten.

Die Sympathie des Autors gilt erkennbar Lehmann. Dieser wird »als Typus des gebildeten, wirtschaftlich starken Bürgers (bezeichnet), der nicht zur politischen Klasse gehörte und unabhängig bzw. politisch nur schwach eingebunden war«. Weiter berichtet Jung von Lehmanns ehemaliger politischer Arbeit als CDU-Kreisvorsitzender (davon gibt es in Berlin jeweils nur 12!). Als Gegenspieler wird der Berufspolitiker Walter Momper dargestellt, obwohl in Wirklichkeit eher GEW-Pensionäre und -Rentner die Pro Reli-Gegner leiteten. Aber solche Sympathiebekundungen entstehen schon mal, wenn der Wissenschaftler Jung mit Lehmann im Kuratorium des Vereins »Mehr Demokratie e. V.« sitzt. Auch die Behauptung, dass »Pro Ethik« im Gegensatz zu »Pro Reli« eine Gegenorganisation von oben sei, weist mangelnde Recherche aus.

Anfang 2005 bildete sich das »Forum für ein gemeinsames Wertefach für Berlin«, aus dem nach dem Auftreten von »Pro Reli« sofort die »Initiative Pro Ethik« entstand. Von einer Planung des Senats oder der Parteien jedenfalls keine Spur.

Naiv erscheint die Übernahme einer Meldung aus Tagesspiegel-online, dass für zwei Briefaktionen 170.000 Euro bezahlt wurden. Wer die Zahl der evangelischen Kirchensteuer zahlenden Gläubigen in seiner Arbeit mit 962.037 angibt und weiß, dass wirklich (fast) alle

SchülerInnen sind, die am Religions- und Weltanschauungsunterricht teilnehmen, sank ihr Anteil in der Sekundarstufe I auch schon vor Einführung des Ethikunterrichts auf 25 Prozent. Diese Tatsache, dass dreiviertel aller SchülerInnen an keinerlei wertbezogenen Unterricht teilnahmen, war aber einer der Hauptgründe für den Ethikpflichtunterricht für alle in Klasse 7 bis 10!

Auffgefallen ist dem Politologen Jung auch nicht die Zahlenmanipulation der Evangelischen Kirche, die just zum Zeitpunkt des Volksbegehrens von einem Zahlenrückgang der Religionsunterrichtsteilnehmer um 25 Prozent mit Hinweis auf den »konkurrierenden« Ethikunterricht in der Oberschule sprach, obwohl dies überwiegend nur den insgesamt rückläufigen Schülerzahlen geschuldet war und spätestens dann als Propagandaargument entlarvt wurde, als die selbe Kirche wieder über steigenden Teilnehmerzahlen (trotz Ethik) jubilierte.

Völlig unberücksichtigt ließ der Autor auch die Rolle der Religionslehrkräfte, denen die Amtskirchen mit dem Volksbegehren quasi den Einzug in den öffentlichen Dienst versprach (und sich selbst damit eine Finanzentlastung in Millionenhöhe). Viele der KollegInnen erwiesen sich in der Folgezeit als Prätorianergarde von »Pro Reli«, sammelten Unterschriften, waren bei Diskussionen lautstark dabei und agierten rechtlich zweifelhaft in den öffentlichen Schulen. Unsere Hinweise, dass ein »verstaatlichter« Religionsunterricht als Erstes die privilegierten Klassenfrequenzen (15 in der Grundschule, 12 in der Oberschule) abräumen und damit Arbeitsplatzverluste mit sich bringen würde,

wurde als ideologische Angstkampagne abgetan. Diese KollegInnen können noch heute froh über die Schlappe von »Pro Reli« sein.

Das Buch dokumentiert den Verlauf des Ringens zwischen Staat, BürgerInnen und Kirchen.

die Bischofsbriefe erhielten, kommt bei nur 900.000 auf 0,09 Euro incl. Farbdruck und Umschlag. In der Studie fehlt nach meiner Auffassung Folgendes: Zunächst werden vom Autor stets nur die Gesamtzahl und die Prozentzahl der am Religionsunterricht teilnehmenden SchülerInnen erwähnt, leider aber nirgendwo auf die ungleichgewichtige Verteilung auf die Schulstufen verwiesen. Während es in der Grundschule knapp 50 Prozent der

Fazit: Das Buch von Jung liefert zum Thema direkte Demokratie wertvolles Material und dokumentiert insgesamt den Verlauf dieses einzigartigen Ringens zwischen Staat, Bürgern und Kirchen um die Werteerziehung. Nach den nur ein Jahr nach dem Volksbegehren bekannt gewordenen zahllosen Missbrauchsfällen würden die Kirchen ihre Parole »Keine Werte ohne Gott« wohl kaum noch in dieser Weise einem Plebiszit unterstellen. *Gerhard Weil*

Aus GREGS Spielecke...

Zunächst will ich mal was klarstellen: Mein Taschengeld gebe ich nicht der Bank! Und ich weiß auch warum: das hat mit meinem Bruder Rodrick, der älter ist als ich, zu tun. Wenn ich nämlich mit ihm, meiner Mom und meinem Freund Rupert Monopoly spiele und Rodrick immer ganz wichtig tut, wenn er wie blöd Straßen, Häuser und Hotels kauft – und das alles auf Pump, hab' ich seine Masche längst erkannt. Sein Plan geht allerdings nur auf, wenn er die Spielregeln ändert und die Bank ihm unbegrenzt Geld gibt. Mom fragt dann immer, ob er die Schulden auch zurückzahlen kann. Und Rodrick grinst dann nur, weil er weiß, dass er allein dadurch, dass er die Spielregeln geändert hat, sowieso gewinnen wird. Das einzige, was Rodrick nicht kauft, sind die Bahnhöfe. Mom freut sich immer, wenn sie auf 'nen Bahnhof kommt und der noch zu haben ist. »Ach, mit der Bahn fahren ist doch immer schön, auch weil das so umweltfreundlich ist«, sagt sie dann. Und Rupert kriegt sowieso nicht mit, wie das Ganze funktioniert. Er freut sich immer, wenn er von jedem Mitspieler Geld zum Geburtstag kriegt. Dann hat er ganz viele Scheine vor sich liegen. Im Gegensatz zu Rodrick, bei dem es immer so aussieht, als ob er kurz vor der Pleite ist, weil er alles Geld immer gleich für Häuser ausgibt. Aber wenn er dann erst mal Hotels hat, geht alles ganz schnell. Rupert heult immer, wenn er auf Rodricks Hotelstraßen kommt. Er ist dann regelmäßig immer als Erster pleite. »Ach Menno«, sag ich dann immer zu ihm, »ist doch klar, warum Rodrick immer gewinnt: Der spielt mit dem Geld, das ihm gar nicht gehört.« Aber Rodrick sagt dann gar nichts, sondern sackt die Tausender nur so ein. Mom hat als Zweite kein Geld mehr obwohl sie, wie sie immer sagt, doch die wichtigen Versor-

gungseinrichtungen wie das Wasser- und Elektrizitätswerk in Händen hält. Aber irgendwie bringen die auch nichts, weil man nicht oft genug drauf kommt. Rodrick kassiert sie dann, wenn das Geld zum Zahlen in einem seiner Hotels nicht mehr ausreicht. Dad, der manchmal von seiner Zeitung aufblickt, sagt dann: »Na Rodrick, schon alles privatisiert?« Ich weiß zwar nicht so genau, was er damit meint, sehe aber, wie der Stapel an eingesackten Straßen bei Rodrick immer größer wird.

Ich halte mich meist etwas länger über Wasser, aber irgendwie bring' ich es meistens nur zur Bad- und Turmstraße, aber selbst wenn Rodrick darauf kommt und ich sogar Hotels drauf habe, kann er es plötzlich ganz locker bezahlen. Irgendwie ist das doch Schummel. Das Ganze hat doch nur mal wieder geklappt, weil die Bank ihm, immer wenn er es wollte, Geld geliehen hat. Und manchmal sprengt Rodrick sogar die Bank, wenn wir alle auf seine Schlossallee tapen und wir uns bei der Bank Geld leihen müssen. Geld, das wir eh' nie zurückzahlen können! Bei 'ner richtigen Bank wär also mein Taschengeld dann weg!

Dad spielt übrigens nie mit. Nee, so 'n Raffzahn sei er nicht. Und dann sagt er noch: »Nur wo nichts ist, kann nichts verloren gehen.« Ich weiß nicht, ob er damit recht hat. Und überhaupt: Was soll das eigentlich, wenn Rodrick am Schluss sein ganzes Geld zählt? Ist doch sowieso nix wert.

Wer Lust auf das Original hat, möge Gregs Tagebücher von Jeff Kinney lesen. Der Renner zurzeit für alle Jungen und Junggebliebenen! (Baumhaus Verlag.)

Jochen Geffers, GEW Hamburg

Aus: blz, Zeitschrift der Hamburger GEW, Nr. 10-11/2011



**Hiermit bestelle ich das
GEW-Zeugnisprogramm:**

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch
(+ 7,-)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Fortsetzung von Seite 5

► in der Welt gibt es das noch? Sind die Fachseminare nur dazu da, die Referendare zu entmutigen, zu demotivieren und klein zu machen? *Peter G. Klaus*

Sonderklassen für Lernbehinderte sind schädlich, Dezember-blz 2011

Allein die Wortwahl der Bildungsjournalistin Brigitte Schumann weist auf ihre ideologische Fixierung hin. Während Sonderpädagogen (inzwischen) sensibler mit dem Begriff »Lernbehinderte« umgehen, scheint er für Schumann immer noch gut verwertbar, um einen gegenwärtig unverzichtbaren Schulzweig als Schädling zu diffamieren. Schumann zitiert eine Schweizer Studie, die mit der Berliner Wirklichkeit soviel zu tun hat wie die Alpen mit dem Kreuzberg; sie ist einfach nicht übertragbar. Schumann nutzt die Aussagen der Untersuchungen, um die Förderschulen (Lernen) pauschal zu disqualifizieren. Einen Ansatz von Differenzierung hätte man erwarten dürfen, etwas mehr Sachkenntnis auch: Der Artikel geht auf die Berliner Verhältnisse überhaupt nicht ein.

Darüber hinaus muten einige Fragestellungen (und die Antworten) sehr eigenartig an. Ein Beispiel: »Wer in einer Sonderklasse gelernt hat, hat als junger Erwachsener keinen Zugang zu anspruchsvolleren Berufen. ... Vergleichbare junge Erwachsene, die in Regelklassen lernen konnten, finden leichter Anschluss an eine berufliche Ausbildung.« Welch eine Erkenntnis! In unseren »schädlichen Lernbehindertenklassen« bemühen wir uns, Kindern und Jugendlichen Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Dabei handelt es sich vermehrt um junge Menschen aus Südosteuropa,

die im Alter von 7 bis 12 Jahren noch nie eine Schule besucht haben, in ihrer Muttersprache nicht alphabetisiert sind und teilweise in unvorstellbarer Armut leben. Sind wir erfolgreich, dann gibt es in diesen Familien möglicherweise zum ersten Mal jemand, der lesen und schreiben kann – ein revolutionärer Fortschritt! Diesen pädagogischen Auftrag zu negieren und die Auflösung des Schultyps zu fordern, ohne ein funktionierendes Angebot in der allgemeinen Schule installiert zu haben, halte ich für menschenverachtend, denn die fehlende Alternative stößt die hier Beschriebenen zurück ins Elend! Es ist an der Zeit, dass die Wissenschaft (und auch die Fachjournalisten) die Veränderungen in einem Europa der offenen Grenzen zur Kenntnis nehmen, sich den gern verdeckten bildungspolitischen Fragen zuwenden, die mit extremer Armut zusammenhängen. Für die davon betroffenen Menschen ist ein Zugang

zur Bildung herzustellen, der allerdings nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Jens-Jürgen Saurin, Schulleiter der Adolf-Reichwein-Schule

Kleine Reise durch die Gewaltprävention, Dezember-blz 2011

Das Gesamtpaket zu einer wirksamen schulischen Gewaltprävention, wie es von Manuel Haitz beschrieben wird, liest sich wie die Beschreibung eines pädagogischen Schlaraffenlands, in dem sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen leben möchten. Das Sozialklima zu verbessern und eine Schulkultur zu entwickeln, ist leichter gesagt als getan. Haitz erwähnt dann auch, dass es auf die Haltung der Beteiligten ankommt. Gewalt in der Schule geht nicht nur von SchülerInnen aus, oft sind die LehrerInnen selbst Quelle und Auslöser dafür oder verschärfen die Konfliktdynamik. Deshalb sollte beim Entwickeln eines

schulischen Gesamtkonzepts zur Gewaltprävention darauf geachtet werden, die Bereitschaft der KollegInnen zu fördern, sich mit dem eigenen pädagogischen Verhalten und dessen Folgen auseinanderzusetzen. Dass LehrerInnen ein Teil der Gewaltproblematik einer Schule sein können, ist leider ein Tabuthema. Es steht jedoch für mich außer Frage, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen Lehrerhandeln, Machtmissbrauch und Schulgewalt. In meiner langjährigen Seminararbeit in den Bereichen Sprache und Gewalt, Schulmediation und Mobbing begegneten mir immer wieder KollegInnen, die, nachdem sie Fortbildungen in diesen Bereichen absolviert hatten, ihr früheres Verhalten gegenüber SchülerInnen sehr kritisch sahen. Eine Professionalisierung und Neudefinition der eigenen Rolle führt nicht nur zu einer größeren beruflichen Zufriedenheit. Sie kommt der ganzen Schulkultur zugute. Gewaltprävention ist eben keine weitere Methode, sondern eine innere Haltung, da gebe ich Haitz abso-
lute Recht.

Luzie Haller,

*Multiplikatorin für Gewaltprävention
in Spandau*

ANZEIGE

fair
childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine Kindheit geben!

Jetzt mitmachen und spenden:

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu

NACH DEM BESTSELLER VON JOHN LE CARRÉ

„DAS FILM-EREIGNIS DES JAHRES ... EIN MEISTERWERK!“

SKY

„MEISTERHAFT UND BRILLANT - EIN OSCAR®-FAVORIT!“

INTRO



FILMSTARTS



EMPIRE



THE GUARDIAN

„EIN VORZÜGLICHER FILM!“

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

„EINE VERNEIGUNG VOR DEM BUCH“

BERLINER MORGENPOST



GARY OLDMAN

DAME KÖNIG ALS SPION

COLIN FIRTH

TOM HARDY

JOHN HURT

TOBY JONES

MARK STRONG

BENEDICT CUMBERBATCH

CIARÁN HINDS

EIN FILM VON TOMAS ALFREDSON

AB 2. FEBRUAR IM KINO!

ARTHAUS

FACEBOOK.COM/DAME.KOENIG.AS.SPION

DAMEKONIGASSPION.DE

WORKING TITLE

STUDIOCANAL

© 2011 KARLA FILMS LTD, PARADIS FILMS S.A.R.L. AND KNOWWELL FILMPRODUKTION GMBH. ALL RIGHTS RESERVED.



Zum 25. Geburtstag von Atze gab es ein großes Liederprogramm mit Thomas Sutter als Lead-Sänger. Besprechung siehe unten.

FOTO: PETER HIMSEL

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Atze rockt«: Zum Fünfundzwanzigsten macht **Atze** sich und seinen ZuschauerInnen das Geschenk eines Liederprogramms mit (großem) Chor, opulenter Musik. Thomas Sutter (Gründer und Leiter, Liedermacher) führt als Lead-Sänger – bringt seine kleinen Alltagsgeschichten mit Pfiff, eindringlich-human mit direkter Ansprache, vergnüglich und bedenkenwert. Die Zwischen-Bilanz eines beeindruckenden Werks, getragen von der Gemeinschaft der Spieler, Sänger, Musiker – zudem szenisch-spielerisch und musikdidaktisch aufbereitet (ab 5).

Das Festival **No limits**, vereinigt (zusammen mit »Lebenshilfe Kunst und Kultur« und dem Mainzer Festival »grenzenlos Kultur«) unterschiedlichste Randgruppen, u. a. zum gemeinsamen Thema »Struwelpeter«: Zehn Tage international mit »Minz und Maunz«, den Katzen (Die Ratten), der »Fliegenden Roberta« (Anne Tissmer), Jägerlein und Hase (Gruppe Zander), allen Struwelpeterfiguren (Tanztheater Hora aus der Schweiz); dazu Tanz aus Portugal und Spanien (leicht hingetupfte Einzelsze-

nen, durch Zeilen eines Gedichts miteinander verknüpft).

Dazu ein besonderer Berliner Beitrag: **Theater Thikwa** mit dem »Sommernachtstraum« – da werden in einem bunten, emotionalen Verwirrspiel fünf soziale Schichten, fünf »Seinsweisen« realisiert und klar voneinander geschieden. Das Festival ist ein wunderbares Gemeinschaftserlebnis durch die Begegnung unterschiedlichster Gruppen an einem Stoff und Stil – und durch die besondere Intensität der Darsteller, für die eine Aufführung immer noch ein Abenteuer ist, kein Job. Was noch gesteigert wird durch die Festivalatmosphäre und die unmittelbaren Reaktionen des Publikums.

»SchattenRosen«, ein Tanzkonzert im **Theaterforum Kreuzberg**, konfrontiert und kombiniert singende Tänzerin und tanzende Sängerin (und Komponistin/Autorin), verwirrt und verknotet sie schließlich mit zwei Gitarristen – vor allem in diesem Finale von grotesker Komik und berührender Intensität (ab Sek II).

Schließlich noch ein Hinweis für die KollegInnen: Auch, wenn

die Reichhaltigkeit des Berliner Kulturangebots erschlagend ist – LehrerInnen sollten auch die Kiezkultur wahrnehmen und mit ihren SchülerInnen nutzen. Im **Bürgerzentrum Treptow** konnte ich »Santa Cecilia« des Kubaners Estevez sehen, die weit gespannte Lebensbeichte einer Schauspielerin. Das ist nicht nur eindrucksvoll durch die direkte Konfrontation auf engem Raum, sondern bietet auch die Möglichkeit, mit den KulturmacherInnen dieser Stadt in ein persönliches Gespräch zu kommen. Also: Neugierig bleiben auch auf die unmittelbare Umgebung! *Hans-Wolfgang Nickel*

FORTBILDUNG

Weiterbildungsangebote der Humanistischen Akademie

- Einjährige berufsbegleitende Weiterbildung in Systemischer Pädagogik. Beginn: September 2012, Kosten 500 Euro.
 - Zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung in Systemischer Beratung. Beginn: Oktober 2012, Kosten 1.000 Euro.
 - Einjährige Fortbildung Lernen in Bewegung. Beginn: September 2012, Kosten 400 Euro.
- Bei allen Weiterbildungen kann Bildungsurlaub gewährt werden. Weitere Infos und Angebote: Hu-

manistische Akademie Berlin, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04-66, Fax: 61 39 04-52, Email: b.wieczorek@hvd-bb.de

Mai-Meeting der GEW

Vom 17. bis 20. Mai 2012 findet wieder das MaiMeeting statt, die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für ihre Mitglieder und ganz besonders ihre Funktionärinnen und Funktionäre. Gerade der Austausch über die Grenzen von Landesverbänden und GEW-Organisationsbereichen hinweg wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben den anspruchsvollen Workshops mit versierten Trainern bieten wir wieder viele kulturelle Highlights und politischen Abendveranstaltungen. Das MaiMeeting findet statt im Bildungszentrum Haltern am See, das zwischen zwei Seen im Herzen des Naturparks Hohe Mark/Westmünsterland (NRW) liegt, umrahmt von den ausgedehnten Waldgebieten der Hohen Mark und der Haard. Folgende sechs Workshops werden angeboten:

1. Motivation und Inspiration auf dem Weg zu einer inklusiven Schule
2. Wege aus der Demokratie – oder Wege in der Demokratie?
3. Interkulturelle Öffnung von Bildungseinrichtungen – ein Thema für die GEW!?
4. Neue Aktionsformen für die GEW: Campaigning – Organizing – kreative Aktionsformen
5. Brücken in die Zukunft – Lebensumbrüche meistern: Kreative und biografische Schreibwerkstatt
6. Neu in ein GEW-Amt gewählt? Und viele Fragen? Keine Panik, wir helfen bei den Antworten! Anmeldeschluss ist der 4. März 2012, Kontakt für Nachfragen: Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Straße 21. Weitere Infos zum Programm und den Teilnahmebedingungen unter www.gew.de/Maimeeting_2012.html.

LehrerInnen für

Humanistische Lebenskunde
Bis zum 31. Mai 2012 besteht die Möglichkeit, sich für das Ergänzungsstudium Humanistische Lebenskunde zu bewerben. Zulassungsvoraussetzung ist der Abschluss des Zweiten Staatsexamens in mindestens einem Fach oder ein als gleichwertig anerkannter anderer Abschluss. Das Ergänzungsstudium kann zu Beginn eines jeden Winterse-

mesters aufgenommen werden. Der nächstmögliche Studienbeginn ist der 1. August 2012. Der Studiengang dauert in der Regel 4 Semester und umfasst 40 Semesterwochenstunden; die Studiengebühr beträgt 300 Euro pro Semester. Freistellungen vom Schulunterricht erfolgen. Nach der erfolgreichen Prüfung ist die staatliche Anerkennung für ein weiteres Unterrichtsfach mit entsprechender Höherbesoldung gegeben. Bewerbungen an: Humanistischer Verband Deutschlands, Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04-65 oder -68, Fax: 61 39 04-52, Email: lk-institut@hvd-bb.de

Bundesweite Lehrerfortbildung von GEW und IG Metall

Im Mittelpunkt dieser Fortbildung, die sich an Lehrkräfte des allgemeinbildenden Schulwesens richtet, steht die Betriebs erkundung als eine sinnvolle und anregende Methode, die Arbeitswelt- und Berufsorientierung an Schulen zu stärken. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, bei einem Großunternehmen der Metallindustrie im Raum Berlin einen Blick in die Produktion zu werfen und mit betrieblichen ExpertInnen aus der Betriebsrats- und der Personalentwicklungssprache zu sprechen. Schließlich können sie die Inhalte und Methode der Betriebs erkundung für die eigene Tätigkeit an Schulen reflektieren. Das Seminar findet vom 14. bis 16. Mai in der IG Metall-Bil-

dungsstätte Berlin am Pichelsee statt. Die Seminar- und Übernachtungskosten werden übernommen. InteressentInnen können sich an Martina Schmerr (martina.schmerr@gew.de) oder Bernd Kaßebaum (IG Metall; bernd.kassebaum@igmetall.de) wenden. Die Veranstaltung ist Teil der gewerkschaftsübergreifenden »Initiative Schule und Arbeitswelt« (www.schule.dgb.de).

Beltz-Symposium »Lehren & Lernen«

Vom 27. bis 29. April 2012 findet in Bad Wörlshofen das Beltz-Symposium »Lehren & Lernen« mit namhaften Wissenschaftlern und Experten aus Forschung und Praxis statt. Lehrkräfte und Wissenschaftler beschäftigen sich mit den neuen Erkenntnissen der Lernförderung und entwickeln ihre Unterrichtspraxis weiter. Bewegung, Entspannung und Achtsamkeit in der Schule sowie die Vorzüge und Gefahren des Einsatzes von neuen Medien in der Schule sind zwei der Themenschwerpunkte des diesjährigen Lehrerkongresses. Daneben geht es in Bad Wörlshofen unter anderem um die Themen Motivation, selbstständiges Lernen, schwierige Schüler, Disziplin in der Klasse, Kreativitätsstrategien oder Führungsstile. Neu im Programm ist die »Lesewerkstatt«, in der Lern- und Leseexperimente zur Leseförderung vorgestellt werden. Nähere Informationen und Anmeldung unter www.beltzforum.de

STELLENBÖRSE

ErzieherIn gesucht: Unser kleiner familiärer Eltern-Initiativ-Kinderladen in Tempelhof sucht zur Verstärkung des Teams in den Nachmittagsstunden eine(n) herzliche(n) und engagierte(n) ErzieherIn für 15-20 Stunden / Woche ab März. Wir betreuen max. 16 Kinder im Alter von 2 Jahren bis zum Schuleintritt. Infos und Bewerbung: info@kinderladen-berlin-tempelhof.de

ErzieherInnen-Arbeitsplatz gesucht: Ein gut eingespieltes, motiviertes und funktionierendes ErzieherInnenteam (6-8) sucht aufgrund von anstehender Zusammenlegung zweier Grundschulen einen neuen Wirkungskreis, da die zu fusionie-



Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

76530 Baden-Baden
Gunzenbachstr. 8, Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49



Institut für Gruppendynamik

Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2012

Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining – Auftritt und Stimme – klar und sicher!
Interkulturelle Kommunikationskompetenz – Verständigung erzielen!
Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIP.L.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: **KAUFMANN.INA@WEB.DE**

Älter werden + lebendig bleiben + Zukunft gestalten

Gruppe: Gemeinsam Neues erforschen
Info + Flyer anfordern

Bettina Schroeter: Tel. 87 39 180
www.transformative-koerperpsychotherapie.de
Hans Dräger: Tel. 39 83 90 30
www.raum-fuer-leib-und-seele.de


Karin Müller

Angebote für Führungskräfte im Schulbereich von erfahrener Supervisorin (DGSv)

- ① Systemisches Coaching für Einzelpersonen oder Teams
- ② Neue Interventionsgruppen zur Reflexion und zum Austausch für Schulleiter/innen Stellvertreter/innen Abteilungsleiter/innen

☎ **030/394 809 64** Moabit
perspektivenwechsel@web.de
www.karin-mueller-supervision.de

Praxis für Praktische Pädagogik und Lernberatung

Ausbildung zum/zur LernberaterIn P.P. Praktischer Pädagoge/Evolutionspädagoge

- Neue Sicht- und Handlungsweisen im täglichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen
- Schnelles Erkennen und nachhaltiges Auflösen von Lernblockaden und Verhaltensauffälligkeiten
- Stärkung der persönlichen Lebenskompetenz
- Geschütztes Konzept der Evolutionspädagogik®
- Selbständig sein in eigener pädagogischer Praxis

- Berufsbegleitende Ausbildung in Teilzeitform von 7 x 4 Tagen
- Ausbildungsbeginn in Berlin: 1. bis 4. November 2012

Praxis für Praktische Pädagogik
Großgörschenstraße 18 • 10829 Berlin
Gerhard Alber
Tel.: 030 896 489 73
info@lernberatung-pp.de
www.lernberatung-pp.de
www.institut-pp.com






Antikriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSLER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG:
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEÖFFNET
von 16.00 - 20.00 UHR

Eintritt frei

rende Schule einen freien Träger hat. Gesucht zum Beispiel Schule in Neugründung, Neuaufbau: school@t-online.de

SENIORINNEN

09. Februar: »Gut zu Fuß«. Der Orthopädie-Schumachermeister Bothe erzählt, was den Füßen tut. Um 14 Uhr im GEW-Haus.

21. Februar: Führung in der Mendelssohn-Remise. Treffpunkt um 14 Uhr, Jägerstraße 51.

22. Februar: Seniorenkino im Filmtheater UNION mit Kaffee und Kuchen. Um 9.30 Uhr am Kino in Friedrichshagen, Bölschestraße 69.

23. Februar: Führung durch die Sonderausstellung »Biopolis/Wildes Berlin«. Um 14 Uhr im Naturkundemuseum, Invalidenstraße 43.

28. Februar: Rathausgespräch mit Frau Behlicke. Um 9.45 Uhr Rathaus Friedrichshain.

08. März: Frau Dorband erzählt zum Internationalen Frauentag über Clara Wieck/Schumann. Um 14 Uhr im GEW Haus.

14. März: Führung durch das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Treffpunkt um 10 Uhr im S-Bahnhof Schöne-weide, Haupthalle.

INTERNET

<http://no-nazi.net/> In sozialen Netzwerken gibt es viele nette Menschen – und leider auch nicht wenige, die rechtsextreme, rassistische, antisemitische und sonstige menschenfeindliche In-

halte verbreiten. Das neue Projekt »No-nazi.net« der Amadeu-Antonio-Stiftung zeigt, wie man im Internet dagegen vorgehen kann. Es wendet sich speziell an Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren. In dieser Zielgruppe sind 63 Prozent täglich im Internet – und davon 70 Prozent täglich in sozialen Netzwerken.

<http://werkstatt.bpb.de> Kreide, Schwamm und Schiefertafel scheinen im digitalen Zeitalter zu den Fossilien unter den Unterrichtswerkzeugen zu gehören. Sind Alternativen wie das interaktive Whiteboard ein großer Zugewinn oder eher Spielerei? Werden Jugendliche dort abgeholt, wo sie sind – im Netz? Wie können wir Zeitgeschichte in einer multikulturellen Gesellschaft zeitgemäß und ansprechend vermitteln? Diesen Fragen geht das Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und der Kooperative Berlin auf den Grund: <http://werkstatt.bpb.de> ist das neue Portal für digitale Bildung in der Praxis. Die Werkstatt ist offen für Lehrer, Bildungsvisionäre, Aktivisten, Schüler und außerschulische Bildner. Online, offline und interaktiv diskutiert das Redaktionsteam aus Journalisten, Historikern, Pädagogen, Projektmanagern und Filmemachern Fragen der zeitgeschichtlichen und politischen Bildung für den Unterricht und sucht gemeinsam mit Lehrern, politischen Bildnern und Schülern neue Strategien der Vermittlung.

Der Bildungsserver Berlin Brandenburg empfiehlt:

• **Ergänzungskurs »Studium und Beruf«** in der GOST (BE). Seit dem Schuljahr 2011/12 können Schu-

len für die Oberstufe den Ergänzungskurs »Studium und Beruf« anbieten, in dem sich die Schüler besser auf die nachschulische Zeit vorbereiten können. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/ergaenzungskurs_studium_beruf.htm

• **Publikation des LISUM »Lesen in den Naturwissenschaften«.** Die Publikation macht die Ergebnisse und Erfahrungen sowohl aus der schulischen Arbeit all denen zugänglich, die die Lesekompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler in allen Fächern optimal fördern wollen. <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M53f69bb1639.htm>

• **Neues Handbuch Vorbereitungsdienst.** Das Handbuch richtet sich an Lehrerwärter, Stu-

dienreferendare und Ausbilder und erläutert die Veränderungen in der zweiten Phase der Lehrerausbildung; Modularisierung der Ausbildung und Neugestaltung der Zweiten Staatsprüfung in Berlin. <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M55be4cae499.html>

• **Umwelt im Unterricht – Online-Service für Lehrkräfte.** Das Portal bietet Unterrichtsvorschläge und Materialien, die flexibel angepasst werden können – an verschiedene Lernniveaus, Altersstufen oder das verfügbare Zeitbudget. Zudem bietet die Website Zugriff auf ein wöchentlich wachsendes Archiv von Materialien, unabhängig von einem konkreten Anlass. <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5a39af9b9c2.html>

ANZEIGEN

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung

NaturaMed
Fachklinik
Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

0 75 24 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de

Ganzheitsmedizinische
Ursachendiagnose

Naturamed ... wir bringen Sie wieder in Schwung!

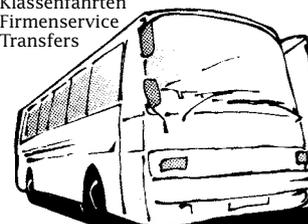
Supervision und Coaching

von erfahrener Kollegin
(DGsv-geprüft).
Kostenfreies Erstgespräch.
Tel. 030 / 6 22 51 79
www.clrisch-supervision.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen

Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

**MODERNE KOMFORT
FERNREISEBUSSE**

von 8 - 74 Sitzplätzen mit
Aircondition, Video, Küche, WC,
Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren
Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal
mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pk-r-bus@bln.de

ANZEIGEN

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten



SCHULFAHRTEN 2012

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
 Fax 00 39/05 47/67 27 67
 Via Bartolini, 12
 47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
 24 h online buchen
 E-Mail: Info@real-tours.de

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 218,00 HP
 Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent,
 nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris,
 nach London, nach München.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2012.
 Weitere Informationen auch bei:
 R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
 Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Klassenfahrt nach Bayern

Bei CTS finden Sie Ihr Wunschziel



z. B. 4 Tage Busreise ab **142 €**

Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-7140 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

**Ihre Farbanzeige
 in der blz**

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro
 zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die
 neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 21
 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

LockeToursBerlin

Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
 Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
 Madeira Wandern 10 Tage ab 1695 EUR
 Gomera Wandern & Relaxen ab 1599 EUR
 Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

www.locketours.de

Lefevrestr. 21 Tel. (0 30) 8 52 30 30
 12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ... Oder Österreich ... Holland	ab € 359,-

Städtetouristen Berlin, Prag, Rom, London ...

KLASSE REISEN GmbH
 Württembergallee 2 · 14052 Berlin
 Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
 030-303083-6

Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS GmbH

Das bestgelaunte Bus- und Reisetem!

www.busart-tours.de
 info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
 Fax (030) 303083-55

GEFÄHRTEN
 DAS NEUE MEISTERWERK VON
 STEVEN SPIELBERG

„Genie, Magie, Momente für
 die Ewigkeit: Steven Spielberg erinnert
 einen mal wieder daran, was Kino ist,
 und wofür man es liebt.“
 BILD AM SONNTAG

„Gewaltig“
 BRIGITTE

„Ein magisches Kinoerlebnis“
 CINEMA

„Die faszinierende
 Geschichte einer ganz
 besonderen Freundschaft“
 TV MOVIE

Ab 16. Februar im Kino
 www.gefahrten-derfilm.de

DREAMWORKS PICTURES
 ©2012 DREAMWORKS II DISTRIBUTION CO., LLC

Touchstone Pictures
 Im Verleih von Walt Disney Studios Motion Pictures, Germany

Extra günstig vom Spezialisten
 anrufen und testen.

0800 - 1000 500
 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
 seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
 Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178-180-25
 Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest
 gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effek-
 tiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicher-
 heit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur
 stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisier-
 ung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mö-
 belkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate,
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten,
 keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Erlebnispädagogische
 Klassenreisen
 Schloss Kröchlendorff bei Prenzlau
 Abenteuer camp bei Lychen
 Seekajak Expedition auf Usedom



www.eventnature.de
 Tel.: 04644-9737170
 Fax: 04644-9737171
 post@eventnature.de

14. FEB.	19.00 Uhr	Abteilung berufsbildende Schulen	Raum 33
	19.00 Uhr	AG schwule Lehrer	Raum 47
16. FEB.	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 33
21. FEB.	16.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 34
	19.00 Uhr	LA multikulturelle Angelegenheiten	Raum 33
22. FEB.	17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 301
23. FEB.	16.30 Uhr	AG Jugendliteratur	Raum 47
29. FEB.	16.00 Uhr	Junge Alte	Raum 300
01. MÄRZ	19.00 Uhr	AG Frieden	Raum 31
12. MÄRZ	17.00 Uhr	FG Integrierte Sekundarschule	Raum 31
13. MÄRZ	17.00 Uhr	AG schwule Lehrer	Raum 47
14. MÄRZ	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 300
	17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 301

ISS MIT ZUKUNFT

Was brauchen Integrierte Sekundarschulen, um gute Schulen für alle zu sein? Fachtagung am **Donnerstag, 16. Februar 2012** im GEW-Haus. Mit einem Vortrag von Prof. Dr. Matthias von Saldern (Leuphana Universität Lüneburg) »Warum sollen SchülerInnen in heterogenen Gruppen lernen und wie kann das funktionieren?« Berichte und Diskussion über den Stand der ISS sowie zehn Arbeitsgruppen zu wichtigen Aspekten der Schulpraxis der ISS. Weitere Infos und Auflistung der Arbeitsgruppen sowie Anmeldebogen unter www.gew-berlin.de/22956.htm

FIT FOR THE JOB

Die GEW BERLIN lädt die Studierenden an Fachschulen/Hochschulen für Sozialpädagogik, die 2012 ihre Ausbildung zur ErzieherIn beenden, zur Veranstaltung »FIT FOR THE JOB« ein. **Donnerstag, 23. Februar 2012 um 9.30 Uhr.** Anmeldeformular unter www.gew-berlin.de/23023.htm

Aktion Adventskalender

FOTO: DIETER TONN



INFORMATIONSVORANSTALTUNG FÜR EINE PRAXISREFLEXIONSGRUPPE FÜR PÄDAGOGINNEN

Eine Kooperationsveranstaltung der GEW BERLIN mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. **28. Februar 2012 um 18.00 Uhr.** Die Idee: In einer überschaubaren Gruppe haben Sie die Möglichkeit, sich kollegial über Perspektiven, Ideale, Rückschlüsse, Wünsche und Grundsätze auszutauschen. Ziel ist es, Handlungsoptionen zu erarbeiten, und diese mit der Unterstützung der Gruppe auch umzusetzen. Ort: GEW-Haus. Anmeldung unter: Claudia de Coster, deCoster@rosalux.de, Tel: 030 44310 141. Siehe auch Seite 21.

AM BEISPIEL ÄGYPTEN: WIE WEITER NACH DEN UMSTÜRZEN IN DER ARABISCHEN WELT?

Die AG Frieden lädt zu einem Themenabend mit Vortrag und Diskussion ein. Der Journalist Nabil Yacoub berichtet über die aktuellen Auseinandersetzungen und analysiert die Entwicklungstendenzen ein Jahr nach dem Sturz zahlreicher Herrscher in der gesamten Region. **Donnerstag, 1. März 2012 im GEW-Haus**

MYTHOS GYMNASIUM

Gymnasialtag der FG Gymnasium. **7. März 2012 im GEW-Haus** Anmeldung bis zum 20. Februar über info@gew-berlin.de oder im GEW-Haus. Weitere Informationen siehe Seite 20 dieser blz.

